

# Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Circuloffiz Riesa Nr. 52.

Nr. 8.

Mittwoch, 10. Januar 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 900.— Mark einschl. Frangolohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (8 Silben) 60.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 10.— Mark. Jede Taxifolge, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigenbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Schulärztliche Beratungsfunden

finden jeden Donnerstag vormittags 9—10 Uhr im Schulratzimmer der Mädchenschule II statt.

Der Rat der Stadt Riesa, am 9. Januar 1923.

## Beisitzerwahlen zum Kaufmannsgericht in Riesa.

1. Berücksichtigung.

Von dem Wahlvorschlag der Arbeitgeber (Kaufleute) ist die Kandidatur des Herrn Schmidt zurückgezogen worden, so daß nur die Herren Braune, Donner, Heinicke, Vormann, Schwamborn und Epperlein vorgeschlagen und, da nur eine Liste eingereicht ist, gewählt sind.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 10. Januar 1923.

—\* Nichtamtlicher Bericht über die gestern abends von 6 Uhr ab in der Oberrealschule abgehaltene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten. Vom Kollegium führte Herr Bürgermeister Mendel, Herr Stadtrat Grottel und Herr Stadtrat Düschmann Platz genommen. Der Vorsitzende war Herr Grottel. Die Sitzung leitete Herr Bürgermeister Grottel.

Frau Reedes (BSPD.) ist neu ins Kollegium eingetreten; sie wurde von Herrn Bürgermeister Grottel begrüßt. Die Wahlen des Vorsitzenden und Beisitzers ergaben die einstimmige Wiederwahl des Herrn Grottel und Herrn Mendel. Herr Bürgermeister Dr. Scheider begrüßte die Anwesenden und dankte für die Führung der Geschäfte im vergangenen Jahre, die ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Kollegien ermöglicht habe.

Als Schriftführer wurde Herr Stadtmann Kresse, der das Amt bisher in sehr verdienstlicher Weise ausgeübt hat, wiedergewählt. Hierauf erfolgte die Besetzung der städtischen Ausschüsse. Im Anschluß daran erklärte Herr Bürgermeister Dr. Scheider auf eine Anfrage des Herrn Stadtmann Kresse, daß Herr Förster Friedrich seit 1904 mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Fürsorgeausschusses zugezogen werde. Mitglied des Fürsorgeausschusses auf Grund des Urteiles sei Herr Förster Friedrich nicht.

Der Erhöhung der Schornsteinreinigungsgeldern von 1800 auf 2000 Prozent wird zugestimmt. Genehmigt wurde der 11. Antrag zur Ortskommunalordnung, der die Stundenermäßigungen auf Grund des Schulbedarfes neu regelt.

Die Stadt hat am Ende der Gleisarbeiten an der Elbe von der Reichsbahn einen Lagerplatz gemietet, in dem von Grottel eine Rohrleitung eingeleitet worden ist, deren Hilfe Anmonialwasser in die Kesselwagen gefüllt werden. In diesem seit Jahren bestehenden Mietvertrag macht sich ein Nachtrag notwendig, der genehmigt wurde.

Die Direktion des Gaswerkes hat in einem Schreiben die teilweise Voranzahlung des Gases gefordert, da es dem Werke an barem Gelde mangelt, die Rechnungen aber sofort bezahlt werden müssen. Der Rat hat beschlossen, einen Betrag von 50 Mark pro Kubikmeter der im November verbrauchten Menge zu fordern. Herr Stadtmann Kresse wandte sich gegen die Vorlage. Auf seinen Fall dürfe einzutreten, das zahlungsunfähige Werk, die die Vorauszahlung nicht leisten könnten, der Gasbesitz geplatzt werde. Herr Stadtmann Kresse erklärte, daß die Vorauszahlung bei der Ablieferung des Gases, es mit Gaslieferanten. Ein Antrag, die Vorlage zu verwerfen und stattdessen an den zuständigen Ausschuss zurückzuverweisen, wurde einstimmig angenommen.

Der Erhöhung der Entschädigung für die Bedienung der Uhren der Knaben- und Mädchenschule 2 von 1000 Mark jährlich auf 1000 Mark monatlich wurde zugestimmt. Hierbei wurde mitgeteilt, daß die Umbenennung der Albert- und Carolaschule erfolgt ist, und zwar heißt die Albertschule jetzt Mädchenschule 1 und die Carolaschule Mädchenschule 2.

Dem Räte war eine größere Anzahl Grundstücksverkäufe zur Genehmigung vorgelegen. Es handelte sich um das Grundstück Großenhainer Str. 7, das Grundstück 772, 773 a und e, 774 I an der Brauhausstraße, Grundstück 776, Grundstück 779 b c g h i k, 773 c h o s z a und l. Der Rat hat diesen Grundstücksverkäufe die Genehmigung erteilt. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen hat er beschlossen, in den Kaufpreis einzutreten und die Grundstücke für die Stadt zu erwerben, in den Fällen aber, in denen ein zu hoher Kaufpreis vorzuziehen war, die Grundstücke für die Stadt zu erwerben. Herr Stadtmann Kresse erklärte, die Vorlage solle dem in der Verwaltung vorhandenen Sachverständigen vorgelegt werden. Er empfiehlt die Heilmittelbewegung zu fördern. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß die Häuser teilweise sich zu Preisen hätten treiben lassen, die unter keinen Umständen berechnungsfähig seien. Die Stadt würde es auch nicht verantworten können, wenn sie sich das Vorgeld zu ihrem eigenen Vorteil wegnähme. Denjenigen, die die Grundstücke hätten kaufen wollen, würde das Land verpfändet werden, wofür sie später darauf kommen könnten, wenn sie es im Einvernehmen erhalten. Die Herren Stadtmann Kresse und Scheider hatten die Gründe des Rates nicht für sich haltend. Scheider bemerkte, daß die Stadt sich nicht zu Preisen verpflichten dürfe, die als zu hoch bezeichnet werden müßten. Die Herren Bürgermeister Grottel und Stadtmann Kresse erklärten, daß sie keinen Grund hätten, die Gründe des Rates nicht für sich haltend anzusehen, außerdem habe in diesem Falle die Fabrikation von Wein so hoch getrieben. Herr Stadtmann Kresse ließ dabei, daß auch die Vorlage eine gewisse Rücksichtnahme gegenüber

## Heutiger Dollarkurs (amtlich): 10 234 Mark.

werde. Die Vorlage wurde schließlich mit den Stimmen der Linken gegen die der Rechten angenommen.

Herr Kaufmann König hat, da er ins Ratkollegium eingetreten ist, sein Amt als Bezirksvorsteher niedergelegt. Für das Amt wurden in Vorschlag gebracht Herr Otto Schörring, Altmarkt, Mühlendamm, Herr Schmeißner, Grottel und Herr Grottel.

Die Vergütung an die Beisitzer des Ratkollegiums wurde von 10 Mark auf 100 Mark pro Sitzung erhöht.

Die Vorlage, betr. Erhöhung des Jahrgeldes für den Kreisassessor, wurde an den erweiterten Ratkollegium zurückverwiesen. Er soll die Frage des Jahrgeldes grundsätzlich erwägen und zu diesen Beratungen die Beamtenerhöhung vorschlagen.

Die Gebühren für die Heimbürginnen wurden erhöht auf 1000 Mark für jeden Erwachsenen, 500 Mark für jeden von Kindern von 6 bis 14 Jahren, 300 Mark für jeden von Kindern unter 6 Jahren und 200 Mark für Füllgebühren.

Für das Amt eines Gemeindevorstandes wurde Herr Schmeißner Grottel vorgeschlagen.

Der Ratvorsitzende, wonach den hiesigen Gewerbetreibenden die Gültigkeit der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 24. Dezember zugestimmt werden, wurde zugestimmt.

Die Festsetzung der Reise- und Ueberrichtungsgelder für die städtischen Beamten, Lehrer usw. soll nunmehr nach den staatlichen Sätzen geschehen.

Der Väter der Eisenbahn, Herr Bademeister Grottel, hat gebeten, ihm das Wasser unentgeltlich zu liefern. Der Rat hat beschlossen, ihm nur die Hälfte des Wasserpreises zu lassen. Darauf hat Herr Grottel erklärt, daß er von dem Wassertrage zu entbinden. Der Rat hat dem Besuche zugestimmt; das Kollegium beschloß in gleichem Sinne.

Für die Veränderung der Heizanlage im Rathaus waren die Kosten auf 64 000 Mark veranschlagt. Da 112 000 Mark aufgewendet werden müßten, wurden die Ueberrichtungen nachgezogen.

Der Erhöhung der Verkaufsgebühr für die amtliche Nahrungsmitteleinverpackung auf 5 Pf. pro Kopf der Bevölkerung am 1. Dezember 1922 wurde zugestimmt. Herr Stadtmann Kresse verlangte hierbei, daß auf Befolgung der Bestimmungen über die Andringung von Fleischwaren an den Waren geachtet werden müsse. Ferner brachte er die Buttermilch zur Sprache. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, was in unserer Molkerei aus Milchmilch an Butter hergestellt werde, werde hier auch abgesetzt. Die Anlieferung von Milch gebe aber auch, weil das Kraftfutter so teuer sei. Auch mit dem Butterpreis gebe es in unserer Molkerei ganz richtig zu. Herr Stadtmann Kresse meinte, es müsse geprüft werden, ob sich nicht für die vorhandene geringe Menge Butter eine Verteilungsmöglichkeit finde.

Mit der Rückzahlung einer auf dem Schützenhausgrundstück ruhenden Hypothek erklärte sich das Kollegium einverstanden.

Herr Stadtmann Kresse begründete eingehend einen Antrag der Fraktion der BSPD., der die Bewilligung von 300 000 Mark zur Unterhaltung von minderbemittelten Kindern, die Eltern 1922 die Schule verlassen, vorschloß. Die Verteilung soll durch den Fürsorgeausschuss im Einvernehmen mit der Schule erfolgen. Herr Stadtmann Kresse erklärte, daß die Rechte mit dem Antrag einverstanden sei. Schließlich konnten die Mittel aber im Wege eines Darlehens zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag wurde angenommen.

Den Antrag der BSPD. auf Bewilligung von 800 000 Mark zur Beschaffung von Särgen und zur Unterstützung von Unterhaltungen und von Darlehen bei Todesfällen begründete Herr Stadtmann Kresse, der hierbei darauf hinwies, daß die Kommunalisierung der Totenbestattung in absehbarer Zeit verwirklicht werden müsse. Für Zwecke des Antrages könnten auch Mittel aus der Sozialabgabe verwendet werden, die sicherheit genehmigt werden würde. Herr Bürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß man sich heute einem herzerwartigen Antrage gegenüber nicht abheben verhalten könne. Die Stadt werde aus ihren Verhältnissen billiger Holz für diese Säрге gewinnen können. Herr Stadtmann Kresse meinte, die angeforderten Mittel würden nicht viel, aber doch etwas zur Änderung beitragen können. Der Antrag wurde hierauf angenommen.

Der 7. Antrag zur Sparkassenordnung, der Bestimmungen über die Erhöhung der Grenze für Sparkasseneinlagen enthält, wurde genehmigt, ebenso der 10. Antrag zur Gemeindefeuerordnung, der die Hundsteuer auf Grund des Landesgesetzes abändert. Schließlich wurde noch der 21. Antrag zur Gemeindefeuerordnung angenommen, der die Abänderung der Feuerordnung auf das Dreifache bringt.

Das Verlagsgeld zur Beschaffung von Stoffen für

Bei dem zweiten Wahlvorschlages der Arbeitnehmer sind die unter Nr. 7 bis 12 vorgeschlagenen Kandidaten zurückgezogen worden, so daß für diesen Wahlvorschlages nur noch die Herren Dirsch, Schönbörner, Bild, Brunner, Adler und Fel. Dungen in Betracht kommen.

2. Wahlweise.

Die für die Beisitzerwahl der Handlungsgehilfen, die am 14. Januar 1923 stattfinden, vorgeschriebenen Wahlweise können auf der zuständigen Ortspolizeibehörde entnommen werden. Zweckmäßig wollen die einzelnen Arbeitgeber (Kaufleute im Sinne des Handelsgesetzbuches) für ihre Betriebe die erforderliche Anzahl von Formularen bei dieser Behörde abholen, dieselben ausgefüllt wieder vorlegen und nach Vollzug durch die Ortspolizeibehörde den wahlberechtigten Handlungsgehilfen ausändigen.

Riesa, am 10. Januar 1923.  
Der Vorsitzende des Kaufmannsgerichts.

den Handarbeitsunterricht wurde von 15 000 auf 45 000 Mark erhöht.

Der Schulausschuss hatte die im Haushaltsplan für die Beschaffung von Lehrmitteln usw. eingelegte Summe von 92 500 Mark auf 629 000 Mark erhöht. Der Rat hatte nur eine Summe von 611 000 Mark bewilligt, indem er 18 000 Mark für Banddruck in der Knabenschule getrichen hatte. Wegen die Stimmen der Rechten wurde der Beschluß des Schulausschusses wieder hergekehrt.

Der Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Kreditausschusses wurde zugestimmt.

Dem Bund entschiedener Schulreformer soll für eine größere Tagung im Februar die Turnhalle der Mädchenschule 2 zur Verfügung gestellt werden.

Der Schulausschuss soll unter Einziehung des Direktors der Oberrealschule über die Verteilung der 100 000 M. beraten, die an Kinder, die auswärtige Schulen besuchen und deren Eltern minderbemittelt sind, verteilt werden sollen.

Schließlich gab Herr Stadtmann Kresse noch Aufschluß über die Kalkulation der Fleisch- und Wurstpreise in Riesa. Die Kalkulation erfolgt nach dem Freiburger System, das auch vom Wirtschaftsministerium als das beste anerkannt worden ist. Die Riesaer Fleischer brauchen das Licht nicht zu scheuen und die Ueberrichtungs-ausschüsse sollten von ihrer Befugnis nur recht fleißig Gebrauch machen.

Schluss der Sitzung gegen 9 Uhr.

—\* Kaufmannsgerichtswahlen. Es sind Zweifel enthalten, wie die nach § 22 Absatz 2 des Verbandsgesetzes für das Kaufmannsgericht in Riesa vorgeschriebenen Wahlweise zu beschaffen sind. An sich ist dieses Sache der Wahlberechtigten. Zur Erleichterung hat aber der Rat der Stadt Riesa eine entsprechende Anzahl Wahlweise drucken und solche auch den Verbandsgemeinden Gröba, Hainich, Rödera, Strehla und Weiba anteilig ausgeben lassen. Diese Wahlweise können in Riesa auf dem Einwohnermeldeamt abgeholt werden. Die Herren Arbeitgeber (Kaufleute im Sinne des Handelsgesetzbuches) wollen zweckmäßig die für ihre Betriebe erforderliche Anzahl auf einmal bei der zuständigen Ortspolizeibehörde abholen, dieselben ausgefüllt dieser Behörde wieder vorlegen und nach Vollzug durch dieselbe den wahlberechtigten Handlungsgehilfen ausändigen. Ferner sei darauf hingewiesen, daß für die Wahl der Arbeitgeber zum Kaufmannsgericht die einschlägigen Bestimmungen wahlweise sind, während bei dem Gewerbegericht der Kreis der wahlberechtigten Arbeitgeber durch § 16 des Gewerbegesetzes weiter gezogen ist. Nach der Verordnung vom 27. 11. 1922 (RStG. S. 887) findet das Kaufmannsgericht übrigens auf alle Handlungsgehilfen Anwendung, deren Jahresverdienst 84 000 M. nicht übersteigt. Endlich werden die Wahlberechtigten noch in ihrem eigenen Interesse auf die Bestimmungen des Gemeindefeuergesetzes und deren Kenntnisnahme und Nachachtung verwiesen.

— Beamtenversammlung. Am 8. Januar hielt das Ortsamt des D. V. B. in der „Eiserne“ eine Beamtenversammlung ab, in welcher der Bundessekretär Herr Grottel von Berlin einen recht aufklärenden Vortrag über die gegenwärtige Lage hielt. Neben Ausführungen über die allgemeine wirtschaftliche Lage stellte er vornehmlich die großen Schwierigkeiten heraus, welche sich der Beamtenverwaltung bei der Behandlung aller Beamtenfragen, seien diese beziehungsweise politischer, wirtschaftlicher oder rechtlicher Natur, einer erhabenen sozialen und gerechten Lösung entgegenstemmen. Als größten Feind und gefährlichsten Gegner nannte er, und das mit Recht, die führende Presse. Sie allein ist es, welche durch irreführende Artikel die deutsche Beamtenschaft in der Öffentlichkeit in schlechtestem Licht stellen kann und dies auch bis zur Stunde in reichstem Maße leider zu tun nicht scheut. Aber auch selbst die Regierung läßt sich nicht nehmen, eben durch die führende Presse unzutreffende — die Beamten direkt benennende — Artikel an die Öffentlichkeit zu bringen, um ihre jede Haltung gegenüber den Forderungen der Beamtengewerkschaften rechtfertigen zu können. Da er sich in den Tageszeitungen oft größere Summen von Mehraufwand für die Beamten gegenüber der Vorkriegszeit. Man vergißt aber — wohlüberlegt — nähere Angaben darüber zu machen, in welche Kanäle diese Summen verfließen, vergißt dabei zu sagen, daß diesen Summen amtliche Feststellungen nicht zu Grunde liegen, daß darin nicht nur die Erhöhungen für Beamte, sondern auch für Staatsangestellte und Staatsarbeiter enthalten sind und daß letztere einen großen Teil der Summen davon erhalten. Nur um die Öffentlichkeit, das Volk aufzuklären gegen die Beamten bringt man weiter Forderungen vor, aber die Hüter der Beamten zur Vorkriegszeit. Man sagt, ja früher, da kam der Staat mit wenigen Beamten aus, da hatte man nur eine dreiköpfige Zahl von Reichsbeamten, während jetzt das Beamtenverhältnis eine siebenköpfige Zahl ist. Man verweigert aber ganz, daß darunter jetzt alle die Beamten des großen Reichswehrbereichs, die Beamten der neuen Reichsarbeitsämter, der Finanzämter, Reichsausgleichs-



stellen usw. neugegründeten Stellen, wie auch die Beamten dazu gehörend, früher oder nicht in den Reihen mit erlöschenden, weil früher nur die Beamten in Glatz-Verbindungen als Reichsbeamte zählten und die anderen alle als Staatsbeamte in den Glatz der Bundesstaaten erschienen. Man vergißt weiter anzuführen, daß die Reichsbeamten eine nicht unbedeutende größere Anzahl dadurch gewonnen sind, weil eben die früheren bayerischen Staatsbeamten nun auf das Reich übernommen worden sind. Daselbst gilt auch von der Reichsbeamtenbahn. Man täuscht der Öffentlichkeit vor, wir haben ein so großes Beamtenbecken, veraltet aber immer zu sagen, wodurch das große Meer von Reichsbeamten entleert. Man denke doch auch an die Übernahme der vielen früheren bundesstaatlichen Selbstverwaltungen auf das Reich. (Vollz. Bahn-, Steueroberbehörden.) Natürlich, die Beamten sind selbst letzten Endes mit daran schuld, daß die breiten Volksmassen — welche allmählich unter dem einseitigen Einfluß der führenden Kreise stehen — der Beamtenschaft immer mißtrauisch, ja unfreundlich gegenüber stehen, wenn sie sich nicht rührt und sich den Einfluß durch die Presse in Erklärungen und Nichterklärungen halber und irreführender Erklärungen nicht erweist! Die Beamten-schaft soll und muß an allen Tagesfragen Stellung nehmen; sie darf sich nicht abseits stellen bei wichtigen Ereignissen im Volkleben, sondern muß gemeinschaftlich mit allen anderen Arbeitnehmer-Organisationen wirtschaftliche Ziele verfolgen und erkämpfen. Sie muß und kann als Beamtenvereine politisch und religiös neutral sein und bleiben — um aber über alle schwebenden Volksfragen auf dem Laufenden zu bleiben, muß sie mit allen Parteien des Parlaments in steter Fühlung sich bewegen —, der einzelne Beamte aber soll endlich mit Ernst daran gehen, sich in die Partei zu begeben, die ihm nach seiner Weltanschauung als die Richtige erscheint; soll sich ein jeder Beamte doch reichlich bewußt sein, daß er durch die Parteiarbeit Einfluß auf Parlamente und Gesetzgebung hat, daß auch dadurch das Volkswohl am besten und damit auch seine eigene Lage gebessert werden kann. Und kann er in der Partei schon unzureichende Vorkenntnisse richtigstellen und somit von vornherein falsche Schlüsse anderer Volksteile verhindern und zerstreuen und dadurch eine Überbrückung des unerschaffenen Fehdenkandes zwischen Volk und Beamtenchaft herbeiführen. Welcher Vorteil zuzunehmen, daß die Anwesenheit mit den Ausführungen sehr zufrieden waren. Mit einem Naturist an alle Kollegen, sich im neuen Jahr zu freudiger Zusammenarbeit willig und reichlich einzufinden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem ersten Wunsch, durch Verständnis, Arbeit und aufrichtiges Volkswohl endlich eine geeinigte, zielbewußte Beamten-schaft, dem Volkswohl rechnungstreu, zusammenzuführen und den ersten Kampf um ihre Existenz mit Erfolg bestehen sehen zu können. Nicht Streit und Hader um nichtige Dinge, sondern das große gemeinschaftliche Ziel zu erreichen schreibe ich, das soll zum Ziel sein im neuen Jahre führen! Hr. Großer Kellermeister. In der Nacht zum 10. Januar, vermutlich in der Zeit von 12 bis 1 1/2 Uhr, sind aus dem verschlossenen gewiesenen Keller des Kaufmanns Moritz, Hauptstraße 2, mittels Einsteigens vier Kisten Marzarine, je 20 Pfund, Marke „Tafelberg“, Fabrikat Jürgens u. Partner in Goch im Rheinland, Wert 80000 Mark, 10—15 Liter Nordhäuser, Wert 30000 Mark, etwa 10 Pfund lose Marzarine in Fd-Paketen, Marke „Prima“, von F. A. Pfefferdt A. G., Wert 10000 Mark, zwei Pflöden Konterverlack, eine Anzahl Glasbüchsen mit eingewickeltem Schweinefleisch, und Frucht-Komerven geholt worden. Es ist möglich, daß die Täter noch verschiedene Sorten Wein gestohlen haben. Sie sind von der Rückseite des Grundstückes durch einen Lichtschacht in den Keller eingestiegen und haben sich hierüber zuerst in dem dort befindlichen Keller bedient. Für die Wiederherstellung der gestohlenen Gegenstände und die Ermittlung der Täter ist eine hohe Belohnung in Aussicht gestellt. Sachverständige Wahrnehmungen wollen nun der hiesigen Kriminal-polizei zur Kenntnis bringen. Jede Mitteilung wird als vertraulich von der Kriminalpolizei behandelt.

Geistliche wurden in der Nacht zum 2. Dezember 1922 dem Pfarrermeister Arnold in Mory an Meißner Straße zwei Anker, die zur Befestigung des Fährbockes gedient haben. Ein Anker ist mit vier und der andere mit einem Arme versehen gewesen. Beide Anker haben etwa zwei Zentner gewogen und sind vermutlich von den Tätern mit einem Handleitwagen von dort abtransportiert worden. Sachverständige Ermittlungen wolle man der hiesigen Kriminalpolizei zur Kenntnis bringen. Jede Mitteilung wird als vertraulich von der Kriminalpolizei behandelt.

Die Teuerung in Sachsen. Die vom Statistischen Landesamt allmählich festgestellten Teuerungszahlen sind auch vom November zum Dezember 1922 außerordentlich gestiegen. Für die am teuerungstatistischen Dienstleistungen beteiligten Gemeinden (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Bautzen, Annaberg, Luedersbach, Sebnitz und Grimma) betrug die durchschnittliche Teuerungszahl im Dezember 54808 Mark gegenüber 36838 Mark im Vormonat. Steig die Teuerungszahl vom Oktober zum November um 112,5 p. D., so erhöhte sie vom November zum Dezember eine weitere Erhöhung von 48,8 p. D. Wird die Vorkriegsteuerungszahl, die 1913/14 im Durchschnitt 90,8 Mark ausmachte, gleich 100 gesetzt, so ergibt sich auf dieser Grundlage als Indexzahl der Lebenshaltungskosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im November 40628, im Dezember 60460 Mark. Die Steigerung der Preise für diese Lebensbedürfnisse betrug demnach im Durchschnitt bis Dezember mehr als das 600fache. Die Preissteigerung für alle von der Teuerungstatistik erfaßten Lebensbedürfnisse einschließlich Bekleidung belief sich auf das 670fache. Im einzelnen liegen die Kosten für Ernährung auf das 803fache, für Heizung und Beleuchtung auf das 1022fache, für Bekleidung nur auf das 10fache der Vorkriegspreise.

Gegen die Ausgabe von Bargeld. Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Ausprägung von Glatzmarken, die im Nennwert von 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Mark außerhalb der im Münzgesetz bestimmten Grenzen hergestellt werden sollen. Vom Vertreter des Reichswirtschaftsrates wurde die Ausgabe von Bargeld mit den dadurch erzielten Ersparnissen begründet. Die Umlaufdauer eines Papiergeldes beträgt in der Regel ein Jahr, während eine Münze rund 30 Jahre im Umlauf ist. Außerdem würde durch die Herstellung des Bargeldes die Notenpresse außerordentlich entlastet und zudem die Notwendigkeit gegeben werden, dem hochwertigen Papiergeld eine künstliche Ausgestaltung zu geben. Der Ausschuss lehnte den Vorschlag mit 9 gegen 8 Stimmen ab, wobei die Mehrheit von der Annahme ausging, daß die unbeschränkte Ausgabe von Bargeld die Geldwertverfallung bedeuten würde. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß Bargeld bei fortwährender Geldentwertung überwertig und daher gekannt wird. An die Ausgabe könne man erst nach der Stabilisierung der Mark gehen.

Bejagung der Luchsarten. Die Staatsanwaltschaft und vom sächsischen Ministerium des Innern angeordnet werden, ein Gesetz über eine Bejagung der Luchsarten von 1. Januar 1923 an zu erlassen. Der Luchs im Bezirk im Januar 1923. Die für den Dezember angegebenen Baumfällarbeiten können weiter ausgeführt werden. Die Fällarbeiten von

Waldarbeiten sollten ihre Bäume gut nachsehen, ob Kette oder sonstige Schäden vom Vorkommen befallen sind. Das Vorkommen dieser im hiesigen Bezirk fast auftretenden Schädlingsarten erkennt man daran, daß sich in den betroffenen Baumteilen Rednadeln vorfinden und am äußeren Holz- und Rinde Wänge getroffen sind. Wägen der betroffenen Teile und baldiges Verbrennen sollte sofort erfolgen. Die Gefahr dieses Schädlings ist für die Waldkultur sehr groß. Auch empfiehlt sich ein Anstrich mit Obstbaumfarbmittel mit 3 Teilen Wasser oder mit Kalikanthracin. Das Anstrichen der Vorkommen, was meistens immer nicht erfolgt, sollte während des Winters auch vorgenommen werden. Aus den dichten Sträuchern schneidet man alljährlich 3—4 Kette heraus, auch sehr überhängende werden entfernt. Dadurch entsteht eine neue Triebabgabe aus dem Wurzelstock, die zur Verjüngung der Sträucher und weiteren Tragbarkeit beiträgt. Gelehrter für die Frühjahrsbeurteilung können von nun an geschritten werden. Die Kulturbewahrung der Kette erfolgt in Erde, schattig, im Freien oder im Keller in Sand. Kappenscheiter lockern, Rinde bei alten Bäumen abtragen, Baumrinden lockern, den Obstgarten breitwüchsig düngen, wie der Landmann die Erde, das sind sehr Hauptaufgaben im Obstgarten. Gelehrter zum Umpflücken bester schon jetzt in der Amtshauptmannschaft, Abteilung Obstbau, oder beim Bezirksobstbauverein, sie werden unentgeltlich geliefert, desgleichen kann Schwefel für die Weinfunktionen, Obstbaumfarbmittel und Urantagon gegen Raupenfraß usw. von da zu sehr niedrigem Preis bezogen werden. In allen Obstgärten steht unentgeltlich der Obstbaumrat der Amtshauptmannschaft zur Verfügung. Glatz.

Örtliche. Öffentliche Sitzung des Gemeinderates findet am Donnerstag, den 11. Januar 1923, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Beratungsgegenstände: 1. Ergänzungswahl für den Sparfassen-Ausschuß. 2. Festsetzung des Zuschlages für die Grund- und Gewerbesteuer auf 1923. 3. Nachtrag zur Gemeindebesteuerordnung, Zuwachsteuerordnung betr. 4. Nachtrag zur Gemeindebesteuerordnung, Grundsteuer betr. 5. Nachtrag zur Gemeindebesteuerordnung, Vergütungsteuer betr. 6. Nachtrag zur Gemeindebesteuerordnung, Zuschlag zur Wohnungsbaubausgabe betr. 7. Beratung des Nachtrags zur Gemeindebesteuerordnung, Erhebung einer einmaligen Wohlfahrtsabgabe. 8. Erhöhung der Ruhestands-Unterstützungen für Bedienstete. 9. Erhöhung des Beitrags für die Danneleichen in diese. 10. Mitteilung der Sparfassen-Rechnung auf das Jahr 1921. 11. Mitteilung an den Landtag, Erhöhung der Mittel aus dem Ausgleichsstock. 12. Mitteilungen und Anträge. Hieraus nichtöffentliche Sitzung. Berichtshalter sind folgende Herren: zu 1. Viederwitz, zu 2 und 5. Jäger, zu 3 und 10. Demmig, zu 4. Urdach, zu 6. Schwarz, zu 7. Schmidt, zu 8. Teubner, zu 9. Schäfer, zu 11. der Vorsitzende.

Meißen. Die Einführung der kommunalen Totenbestattung beschäftigt die Stadtverordneten in ihrer letzten Sitzung am Donnerstag. Von den Sozialdemokraten wurde mit Unterstützung der Demokraten beschloffen, mit den Kirchengemeinden wegen Überlassung der Friedhöfe in Verhandlung zu treten, und wegen der Kostendeckung, sei es zum Zwecke der Durchführung der kommunalen Totenbestattung oder zur Durchführung der kostlosen Totenbestattung auf kirchlichen Friedhöfen, zunächst die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes hinsichtlich der Sozialabgabe und die Entscheidung des Ministeriums hinsichtlich der angetragenen Zwangsbeiträge abzuwarten. Einstimmig angenommen wurde der Antrag, wegen der Verbilligung der Begräbnisse mit Lieferanten in Verbindung zu treten, inwieweit sie ohne oder gegen Lieferung von Holz Sätze in größeren Mengen an Kosten der Stadtgemeinde herzustellen vermögen, im übrigen aber zu erwägen, inwieweit sich für Meißen die Beschaffung eines Dauer- und Zwischenlagers empfiehlt. Zur Gewährung von Darlehen an die Hinterbliebenen wurde für die Zeit bis zum 31. März ein Berechnungsbetrag von zunächst 600 000 M. bewilligt.

Dresden. Der Eiterat der Dresdener Taubstummenanstalt befaßte sich in seiner letzten Versammlung mit der Frage der Erhöhung der Verpflegung. Nachdem am 16. November 1922 der Satz von 90 M. vor dem Ratige auf 36000 M. festgelegt worden war, forderte das Kultusministerium vom 1. Dezember ab die Summe von 72000 M., wozu noch die Nebenkosten kommen. Es wurde der schriftliche Einspruch gegen dieses Vorgehen der verantwortlichen Stellen eingeleitet und eine durch die Verhältnisse gebotene Ermäßigung der Verpflegung gefordert.

Königsberg. Aus dem Marische von Königsberg nach seiner Wohnung in Papitzdorf wurde im Grotzener Walde der Schloß-Eisemann der Exnerwerke von drei Männern angefallen. Unter Vorhalten einer Schusswaffe zwang er sie ihn, seinen Wochensohn, in Höhe von ca. 5000 M., herzugeben. Ein weiterer Überfall wurde an einer Arbeiterin verübt. Da diese aber Weidmittel nicht besaß, blieb das Mädchen unbedeutend.

Leipzig. Ein Arbeiter wurde in der Grotzener Waldes im Verhältnis, dem zwei Kinder entpöfen. Frühlich entzweite sich aber mit der Walesta. F. behielt die Kinder bei sich, während die Walesta ihrerseits Anspruch erhob. Während der Abwesenheit des Frühlich sollte sie die Kinder in ihre Wohnung, Frühlich suchte hierauf die Walesta auf, in deren Begleitung sich ihre Schwester Maria Schneider befand. Da F. die Wohnung verschlossen fand, schlug er die Tür mit einem Stein ein. Da die Frauen ihm trotzdem den Eintritt verwehrten, schlug er auch auf diese ein und verletzte sie so schwer, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Der Täter wurde verhaftet und dem Gerichtsverfahren zugestellt, konnte aber wieder entlassen werden, da er notwendigermaßen in Notwehr gehandelt hatte.

Schleichenhain. Als einer der allerletzten der bis Weihnachten noch in französischer Gefangenschaft schmachtenden deutschen Kriegsgefangenen ist am 30. Dezember 1922 der Grenadier Erwin Schmidt ins Elternhaus zurückgekehrt. Der Heimkehrer wurde am Bahnhof Lucka von seinen Angehörigen abgeholt. Die blumengeschmückte Stadt bereitete ihm einen feierlichen Empfang. Am Neujahrstage fand eine öffentliche Begrüßung durch die Gemeinde, Gemeinderat, Kirchengemeindevorstand unter Mitwirkung von vielen Vereinen statt.

Plauen i. V. In der Nacht zum 6. Januar ist an der Telegraphenlinie längs der Eisenbahn Leipzig-Dortheim und Reithener abwärts Kupfer- und Bronzebricht herausgeschritten und entwendet worden. Dadurch sind die Telegraphenleitungen nach der Schweiz, nach Italien, Oesterreich, Tschekoslowakei usw. etwa einen halben Tag gestört gewesen. Entwendet worden sind 1000 Meter 2 und 3 Millimeter starker Bronze- und Kupferbricht im Gewicht von 54 1/2 Kilo. Der Wert des gestohlenen Gutes beträgt in diesem Falle etwa 160 000 Mark.

Wurzen. In der ersten Sitzung der Stadterordneten im neuen Jahre wurde durch eine Jubiläumsgesellschaft anstelle des bisherigen Vorsitzenden Ruder (VSV.) mit 11 bürgerlichen Stimmen für die Wahl zum Vorsitzenden gewählt. Von den Sozialdemokraten, die im Stadtparlament 11 Stimmen haben, fehlten zwei infolge Krankheit, so daß in der ersten Sitzung den 11 bürgerlichen Stimmen die gleiche Anzahl sozialdemokratische und kommunistische Stimmen gegenüberstanden. Da ein sozialdemokratischer Antrag, unter diesen Umständen die Wahl zu vertagen, mit der Stimme des bürgerlichen Alterspräsidenten abgelehnt wurde, verließ die Linke bei der Wahlbestimmung den Sitzungssaal, so daß nur die Bürgerlichen abstimmten.

Leipzig. Der Winterzeit hat sein Ende erreicht. Der Winterüberstand teilt mit, daß im Einvernehmen mit dem Bundeswohnungsamt die Neuverteilung der Mietplätze ab 1. Februar beschlossen worden sei und fordert die Streikenden auf, die Miets für den Monat Januar nach den neuesten vom Rat der Stadt Leipzig festgesetzten Sätzen abzuführen.

Leipzig. Wie in voriger Nummer gemeldet, ist in dem Braunkohlenwerk Döllitz bei Leipzig der Führer Max Engel am Freitagabend von nachrückenden Erdmassen verschüttet worden. Unter großen Anstrengungen war es gelungen, den Verschütteten, der nahezu 24 Stunden unter den niedergelassenen Erdmassen begraben lag, aus seiner lebensgefährlichen Lage zu befreien und ihn am Sonntagabend mit dem Krankenauto nach dem städtischen Krankenhaus St. Jakob zu bringen. Der Verunglückte, der äußere Verletzungen nicht davongetragen hatte, schien auch innerlich nicht lebensgefährlich verletzt zu sein, wie es zunächst den Anschein hatte. Die Wunde der herabstürzenden Erdmassen muß aber doch innere Organe sehr schwer verletzt haben, denn der nach so großen Mühen Gerettete ist am Sonntag morgen an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die Hinterbliebenen, eine Frau und zwei Kinder, die über die Rettung ihres Ernährers so beglückt waren, trifft dieser Schlag jetzt besonders schwer.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 10. Januar 1923.

Dr. Würzburger nach dem Gang berufen.

Dresden. Der Präsident des Sächsischen Statistischen Landesamtes, Geheimrat Prof. Dr. Würzburger, ist vom Vorkriegsamt zum Mitglied seines statistischen Ausschusses gewählt worden und zu den Beratungen des Ausschusses nach dem Gang abgereist.

Leipzig. Wie in voriger Nummer gemeldet, ist in dem Braunkohlenwerk Döllitz bei Leipzig der Führer Max Engel am Freitagabend von nachrückenden Erdmassen verschüttet worden. Unter großen Anstrengungen war es gelungen, den Verschütteten, der nahezu 24 Stunden unter den niedergelassenen Erdmassen begraben lag, aus seiner lebensgefährlichen Lage zu befreien und ihn am Sonntagabend mit dem Krankenauto nach dem städtischen Krankenhaus St. Jakob zu bringen. Der Verunglückte, der äußere Verletzungen nicht davongetragen hatte, schien auch innerlich nicht lebensgefährlich verletzt zu sein, wie es zunächst den Anschein hatte. Die Wunde der herabstürzenden Erdmassen muß aber doch innere Organe sehr schwer verletzt haben, denn der nach so großen Mühen Gerettete ist am Sonntag morgen an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die Hinterbliebenen, eine Frau und zwei Kinder, die über die Rettung ihres Ernährers so beglückt waren, trifft dieser Schlag jetzt besonders schwer.

Leipzig. Wie in voriger Nummer gemeldet, ist in dem Braunkohlenwerk Döllitz bei Leipzig der Führer Max Engel am Freitagabend von nachrückenden Erdmassen verschüttet worden. Unter großen Anstrengungen war es gelungen, den Verschütteten, der nahezu 24 Stunden unter den niedergelassenen Erdmassen begraben lag, aus seiner lebensgefährlichen Lage zu befreien und ihn am Sonntagabend mit dem Krankenauto nach dem städtischen Krankenhaus St. Jakob zu bringen. Der Verunglückte, der äußere Verletzungen nicht davongetragen hatte, schien auch innerlich nicht lebensgefährlich verletzt zu sein, wie es zunächst den Anschein hatte. Die Wunde der herabstürzenden Erdmassen muß aber doch innere Organe sehr schwer verletzt haben, denn der nach so großen Mühen Gerettete ist am Sonntag morgen an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die Hinterbliebenen, eine Frau und zwei Kinder, die über die Rettung ihres Ernährers so beglückt waren, trifft dieser Schlag jetzt besonders schwer.

Leipzig. Wie in voriger Nummer gemeldet, ist in dem Braunkohlenwerk Döllitz bei Leipzig der Führer Max Engel am Freitagabend von nachrückenden Erdmassen verschüttet worden. Unter großen Anstrengungen war es gelungen, den Verschütteten, der nahezu 24 Stunden unter den niedergelassenen Erdmassen begraben lag, aus seiner lebensgefährlichen Lage zu befreien und ihn am Sonntagabend mit dem Krankenauto nach dem städtischen Krankenhaus St. Jakob zu bringen. Der Verunglückte, der äußere Verletzungen nicht davongetragen hatte, schien auch innerlich nicht lebensgefährlich verletzt zu sein, wie es zunächst den Anschein hatte. Die Wunde der herabstürzenden Erdmassen muß aber doch innere Organe sehr schwer verletzt haben, denn der nach so großen Mühen Gerettete ist am Sonntag morgen an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die Hinterbliebenen, eine Frau und zwei Kinder, die über die Rettung ihres Ernährers so beglückt waren, trifft dieser Schlag jetzt besonders schwer.

Leipzig. Wie in voriger Nummer gemeldet, ist in dem Braunkohlenwerk Döllitz bei Leipzig der Führer Max Engel am Freitagabend von nachrückenden Erdmassen verschüttet worden. Unter großen Anstrengungen war es gelungen, den Verschütteten, der nahezu 24 Stunden unter den niedergelassenen Erdmassen begraben lag, aus seiner lebensgefährlichen Lage zu befreien und ihn am Sonntagabend mit dem Krankenauto nach dem städtischen Krankenhaus St. Jakob zu bringen. Der Verunglückte, der äußere Verletzungen nicht davongetragen hatte, schien auch innerlich nicht lebensgefährlich verletzt zu sein, wie es zunächst den Anschein hatte. Die Wunde der herabstürzenden Erdmassen muß aber doch innere Organe sehr schwer verletzt haben, denn der nach so großen Mühen Gerettete ist am Sonntag morgen an den erlittenen Verletzungen gestorben. Die Hinterbliebenen, eine Frau und zwei Kinder, die über die Rettung ihres Ernährers so beglückt waren, trifft dieser Schlag jetzt besonders schwer.



# Tagesgeschichte.

Deutsches Volk.

Die neue Schiffsverordnung. Unter dem Vorsitz des Reichsjustizministers Dr. Lehmann trat gestern im Reichsjustizministerium die Kommission zur Überarbeitung einer neuen Schiffsverordnung zusammen.

Die Entdeckung des Jansens von Brasilien. Die Entdeckung und geographische Erforschung des Jansens von Brasilien ist zum großen Teil das Werk des brasilianischen Generals Jansens, der jetzt auf eine 40-jährige Tätigkeit zurückblickt. Die in den Naturwissenschaften berichtet wird, hat er auf vielfachen Wegen das zwischen 8° und 22° S. und 80° und 85° W. gelegene Gebiet durchquert, das jetzt nach ihm zu Ehren Jansens genannt wird. Das wichtigste Ergebnis seiner Reisen war die telegraphische Verbindung der beiden größten Ströme des Erdteils, des Parana und des Amazonas, auf einer Strecke von 4800 Kilometern, die gleichzeitig von ihm mit Regen versehen wurde. In den Jahren 1890-98 erfolgte er das vorher schon erwähnte Gouy mit Cupaba dem Verkehr, in den Jahren 1900-1904 verband er dies Gebiet mit dem Parana durch den Jansens und legte 1905-1906 eine Telegraphenlinie an der paraguayischen und brasilianischen Grenze an. Bis 1915 erfuhr die General dann die in Ratis Groh entworfenen Lebensströme des Amazonas. Jansens wurde auf einer seiner Reisen von dem Präsidenten Roosevelt begleitet, was dazu Anlaß gab, den Rio Jansens in Rio Jansens oder Rio Roosevelt umbenennen. In den letzten Jahren hat Jansens sein geographisches Werk im amazonischen Grenzgebiet Ratis Groh vollendet und läßt nunmehr einen zusammenfassenden Bericht über seine großartigen Forschungen erscheinen.

England.

Die Zunahme der Knabengeburt. Nach dem Kriege wurde allgemein eine Zunahme der Knabengeburt in den kriegsführenden Ländern beobachtet. Diese Erscheinung hält in England, wie die neuesten Statistiken zeigen, weiter an. In den ersten drei Vierteljahren von 1922 wurden 809 251 Knaben geboren und 284 688 Mädchen. In normalen Zeiten belief sich das Verhältnis der Knaben- und Mädchengeburt auf durchschnittlich 1040 Knaben zu 1000 Mädchen. Die neuen Zahlen aber zeigen ein Verhältnis von 1086 Knaben zu 1000 Mädchen. Dadurch wird die alte Erfahrung bestätigt, daß nach großen Kriegen immer mehr Knaben geboren werden.

# Vermischtes.

Fünf Kinder ertrunken. In Tschonan bei Schwabach brachen laut einer Meldung des „Tagesblatts“ fünf Kinder im Alter von 6-16 Jahren auf dem Eis ein. Fünf Kinder ertranken, während sich das Älteste retten konnte.

Der deutsche Dampfer „Sollatia“ gestrandet. Das Dampfer (Florida) wird gemeldet: 300 Passagiere des deutschen Dampfers „Sollatia“, der bei Cap-Haitien gestrandet ist, wurden von einem französischen und einem amerikanischen Dampfer an Bord genommen. Sie werden voraussichtlich heute in Havanna eintreffen. Es wird versucht, das gestrandete Schiff wieder flott zu machen.

Bergigungen durch Methyalkohol. Beim Verladen von Fässern auf dem Bahnhof in Glogau tranken mehrere Arbeiter von den in den Fässern noch befindlichen Resten, die offenbar Methyalkohol enthielten, und zogen sich dadurch schwere Vergiftungen zu. Bis jetzt haben sechs Personen, drei weitere liegen schwerkrank darnieder.

Die russischen Kronjuwelen im Sarge. Die Reichshofkammer prüft gegenwärtig Mitteilungen nach, die darauf abzielen, die russischen Kronjuwelen in dem Sarge eines auf dem Nationalfriedhof zu Brooklyn begrabenen Marzons zu suchen. Das Schahamt befehlt vorläufig eine Nachforschung, ob sich auf dem Friedhof der Sarg eines gewissen Jones befindet, der am 30. August 1920 an Bord des Transportschiffes „Bellona“ gestorben war. Dies ist tatsächlich der Fall. Es wird nun behauptet, daß sich ein Teil der russischen Kronjuwelen in diesem Sarge befinden. Nach einer Erzählung in der „Chicagoer Daily News“ empfing das Schahamt im Frühjahr 1920 einen mit „Edward Roe“ unterzeichneten Brief, in dem angegeben wurde, daß russische Juwelen im Werte von einer Million Dollars nach Amerika geschmuggelt werden sollten; er bot sich, die Schmuggler der Berechtigung zu überliefern. Nachforschungen ergaben nun, daß Agenten

der Volkswirtschaften in der zweiten Hälfte von 1919 mit einer Gruppe von Amerikanern wuchs Verlauf der Juwelen in Verbindung getreten waren. Die Amerikaner hatten sich zur Übernahme der Kostbarkeiten als Patronen auf dem Transportschiff „Bellona“ von New York nach Havanna begeben, wo sie am 18. März 1920 sein wollten. Das Schiff verließ sich aber. Darauf desertierte einer der Männer in Honolulu vom Schiff, erreichte Havanna an dem angegebenen Tage und nahm hier die Kronjuwelen in Empfang. Nach mannigfachen Gefahren und Schwierigkeiten brachte dieser Amerikaner die Juwelen an Bord der „Bellona“ in Havanna. Das Schiff legte nach Honolulu und von da nach Oahu. Kurz nachdem es Oahu verlassen hatte, starb einer der Patronen namens Jones auf geheimnisvolle Weise. Der Körper wurde einbalsamiert. Während der Nacht soll nun einer der Amerikaner den Sarg geöffnet und die Juwelen unter der Deckung des Sarges gefunden haben. Als das Schiff in Havanna anlangte, nahmen die Zollbehörden, die von dem Plan unterrichtet waren, eine sehr eingehende Untersuchung vor, ohne auch nur das Geringste von den Juwelen zu finden. Der Leiche, der augenscheinlich keine Verwandten hatte, wurde auf dem Nationalfriedhof zu Brooklyn begraben, und bei der letzten Nachforschung erwies sich das Grab als unbedeutend. Man hofft also die Juwelen in dem Sarge zu finden.

# Volkswirtschaftliches.

Eisenbahngütertarife. Der Verband Sächsischer Industrieller schreibt: Die Gütertarife der Reichsbahnen sind seit dem 1. Oktober 1917 bisher einmündig und unverändert geblieben, darunter seit dem 1. November 1921 viermal (an jedem Monatsersten, mit Ausnahme allem des 1. Januar und 1. November 1922, und überdies am 15. Oktober 1922). Auf Grund dieser Erhöhungen, denen immer die jeweils bestehenden Frachten zu Grunde gelegt wurden, betragen im Verhältnis zur Kriegszeit die Frachten am 1. Januar 1923 durchschnittlich das 280fache. In Wirklichkeit sind, schon wenn man den Betrag der meisten Ausnahmestunden berücksichtigt, zu denen vor dem Kriege rund 60 Prozent aller Güter befördert wurden, die Erhöhungen noch höher. Die deutschen Konkurrenzländer, die im Weltkriege feindlich wie die damals neutralen, bauen dagegen die Eisenbahngütertarife ab, und in England haben die dortigen Eisenbahngesellschaften im Einvernehmen mit den Vertretern der Industrie, des Handels und der Eisenbahngesellschaften vom 1. Oktober 1922 ab die Tarife in der Weise herabgesetzt, daß sie von diesem Zeitpunkt ab möglichst auf den Stand vor dem Kriege zurückgeführt worden sind. Die einschneidenden Erhöhungen der Gütertarife, die der einzelnen wichtigen Gütern selbst das Vorkommen des Friedensfußes und mehr überhöhen, zu denen die Steuerungen der Gebühren und sonstiger Vergütungen im Eisenbahnverkehr hinzuzurechnen und die einzelne Umgehungen im Frachtenverkehr weit hinter sich lassen, werden in ihrem Ausmaß durch Geldentwertung und Wertung nicht gerechtfertigt und müssen auf die deutsche Volkswirtschaft und ihre Produktionsbedingungen, auf Erzeuger und Verbraucher, Arbeitgeber und Arbeitnehmer fortgesetzt drücken und lähmender zuwirken. Allein die letzte Erhöhung vom 1. Januar 1923 hat dem deutschen Wirtschaftslernen neue Kräfte im Jahresverlaufe von rund einer Billion Mark zu allen übrigen aufgebracht. Das Verhältnis der Güterfrachten zu den Kosten des Einkaufs oder der Herstellung wie zum Erwerb- und Verkaufspreis wird immer größer und damit die Produktion und Verbrauch ungünstiger und die Preise werden höher liegen. Alle Erhöhung lehrt, daß die Gütertarife zu den wesentlichen Faktoren der Preisbildung gehören; alle Tarifsteigerungen wirken in hohem Grade verdrängend und gehen so zu Lasten der Allgemeinheit der Bevölkerung, deren Kaufkraft dieser Entwertung gegenüber mehr und mehr verfallen muß. Es besteht kein Zweifel, daß die Gütertarifserhöhungen die Wirtschaftsentwertung wiederholt überschritten haben und noch überschreiten. Nun gehören aber die Belastungen des Verkehrs der deutschen Wirtschaft, wie erst wieder die Note der Reichsregierung an die sog. Reparationskommission vom 14. November 1922 und die daran sich anschließenden Regierungserklärungen darstellten, zu den drängendsten Aufgaben der deutschen Wirtschaft. Von diesem maßgebenden Standpunkt aus richtet der Verband Sächsischer Industrieller, wie er schon mehrfach seine Stimme in dieser Richtung erhob,

die Aufmerksamkeit der leitenden Stellen im Reich und der deutschen Volkswirtschaft erneut auf die überaus bedeutenden Auswirkungen der andauernden Tarifserhöhungen der staatlichen Monopolunternehmen der Reichsbahn. Die Tarifpolitik trägt zur ganz außerordentlichen Warenentwertung der Gegenwart wesentlich bei, führt die verhängnisvolle Geldentwertung unaufhaltsam weiter, verleiht damit den Zweck einer Hebung der Rentabilität des Eisenbahnbetriebes, schädigt und lähmt aber zusehends und zunehmend die deutsche Wirtschaft, ihre Fähigkeit zur Befriedigung der Lebens- und Wirtschaftsbedürfnisse der Bevölkerung, ihren Absatz im Lande wie ihre Ausfuhr.

# Kunst und Wissenschaft.

Eine Sammlung von 3 1/2 Millionen Insekten. Das Londoner Naturgeschichtliche Museum besitzt eine Sammlung von 3 1/2 Millionen verschiedenen Insekten, die unter der Aufsicht von Dr. C. F. Gahan steht. Der Gelehrte, der in seiner 36-jährigen Tätigkeit an dem Museum alle diese verschiedenen Insekten studiert hat, erklärt, seine Abstellung brauche unbedingt einen Neubau, weil er diese Insekten nicht mehr unterbringen könne. In einzelnen Fällen befinden sich in der Sammlung 80 000 Exemplare von einer einzigen Insektenfamilie. Gegen 100 000 neue Insekten werden jedes Jahr eingeliefert.

# Sächsischer Landtag.

18. Dresden, den 9. Januar 1923.

Der Landtag hielt heute nachmittags 1 Uhr seine erste Sitzung nach der Weihnachtspause ab. — Präsident Winkler begrüßte die Abgeordneten zur ersten Sitzung im neuen Jahre und fährt fort: Ich verbinde damit die Hoffnung, daß die Herren Abgeordneten im neuen Jahre sowie die Gesamtheit des Vaterlandes ihre Aufgabe darin sehen, die ersten schweren Zeiten, die auch für das sächsische Volk gekommen sind, durch fleißige Arbeit im Interesse des Volkes etwas mildern zu helfen. Sehen wir im neuen Jahre kein Reichsparlament, sondern ein Arbeitsparlament (Beifall) und wollen wir trotz aller Gegenläufe, die uns trennen, in sachlicher Beratung zum Wohle des Vaterlandes und Volkes arbeiten (Beifall).

Sodann begrüßt der Präsident die für den ausgeschiedenen kommunistischen Abgeordneten Grube in den Landtag neuerngetretene Abgeordnete Fr. Schlegel-Chernitz (Kommunist).

Der Eintritt in die Tagesordnung erbittet und erhält Abg. Wötcher (R.) das Wort und beantragt einen Antrag seiner Fraktion, eine Verprächung und eine Reglementierung darüber herbeizuführen, daß der französische Imperialismus loeben im Begriffe sei, das Ruhrgebiet zu besetzen und neue, unerhörte Lasten auf die deutschen Arbeiterklassen zu wälzen. — Dieser kommunistische Antrag wird gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt. (Unruhe links, Rufe: Unerhörte!) — Abg. Gierweck (R.): Ich stelle fest, daß die sozialdemokratische Partei es verhindert, daß unserm Antrage entsprochen wird. Der Redner fragt, ob es nicht auf Grund des § 49 der Geschäftsordnung möglich sei, dem Antrage zu entsprechen. Der Präsident verneint dies. (Erneute Unruhe links.) — Abg. Wötcher meint, die Regierung habe trotzdem die Möglichkeit, ihre Stellungnahme bekanntzugeben. Seine Freunde beantragen, ein Bündnis mit Rußland einzugehen. — Präsident Winkler: Die Regierung hat mir bisher noch nicht angezeigt, daß sie eine Erklärung abzugeben wünscht. (Erneute Unruhe bei den Kommunisten, Rufe zu den Sozialdemokraten: Das ist bezeichnend für Euch.)

Das Haus tritt hierauf in die Tagesordnung ein. Zur Beratung stehen 5 Anträge über die Not der Kleinrentner, Erwerbslosen und Sozialrentner, sowie der rentenlosen Unterhaltungsbedürftigen und der freien Berufe.

Abg. Hiller (Dn.) begründet den Antrag seiner Fraktion über die Not der Kleinrentner. Die ca. 1 Million Kleinrentner in unserem Volke dürften nicht der Verelendung preisgegeben werden. Die Lösung dieser Frage ist für den Staat von größter Bedeutung. Wenn wir die Kleinrentner ihrem Schicksal überlassen, so stellen wir uns außerhalb der Volksgemeinschaft und verstoßen die Sparbarkeit. Wir fordern fortlaufende Unterstützung der Kleinrentner entsprechend der Geldentwertung. Der Kleinrentner dürfte nicht schlechter gestellt werden als der Erwerbslose, Sozialrentner und Pensionär.

Abg. Sachs (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei,

Deutscher Weinbrand

# GOLDSTICKE

Stück U.G. Hanau-Berlin

# Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Gorau. 50. Fortsetzung.

Die liebe Kurt, und sie glaubte, ihn nie selber geliebt zu haben als jetzt, da er ihrer Liebe weitestens entrückt schien, da sie ihn selbst an der Seite jener andern gesehen hatte.

Und dann wieder überfiel sie eine Empfindung brennender Scham, daß sie mit ihrem Glauben und Denken noch immer einem Manne anhing, der mit dieser Liebe ein freiespielendes Spiel getrieben und sie durch seinen treulosen Verrat in der schwersten Entscheidung ihres jungen Lebens ihrer besten Waise beraubt hatte.

Es mußte gegen diese unselbige Leidenschaft ankämpfen, sie gewalttätig aus ihrem Herzen reißen, wenn sie nicht den letzten Rest von Selbstachtung verlieren wollte.

Die Vergangenheit war tot, unumkehrbar und beseitigt. In acht kurzen Tagen schon folgte sie einem anderen Manne an den Altar, begann für sie ein vollständig neues Lebensabschnitt.

Wie in einer Vision glaubte sie auf einmal ihr künftiges Dasein vor sich zu sehen, in einem hoffnungslosen, trostlosen Bild.

Zwei Ede, kahle, endlos schelmende Mauern unter einem trüben, bleigrauen Himmel und inmitten dieser verlassenen Gasse ein elendes Weib, in Lumpen gekleidet, gesenkten Hauptes dumpf sinnig in die düstere Ferne der Mauern hineinstarrend.

Unterdes sah Kurt mit Ellen in einem der gemächlichen Vorderzimmer bei Butter und Wegener zu Tisch. Seit Ellen ihren Haushalt in der Hauptstraße aufgegeben hatte, waren sie fast täglich Wähe in der historischen Weinstube am Gendarmenmarkt, deren althergebrachter Name mit der Erinnerung an die völkischen Kriegerzeit G. K. K. Hoffmanns und seiner tollkühnen Taktiktruppe untrennbar verbunden ist.

Der Keller hatte bereits den Kaffee serviert und ein Hauptstückchen herangeführt, durch das halbgeöffnete Fenster wehte es weich und lind, fast wie ein Frühlingsergruß herein, trotzdem wollte jedoch immer noch keine rechte Unterhaltung zwischen den beiden jungen Menschen in Gang kommen.

Wenn zuweilen ein kurzes Wort gewechselt wurde, so betraf es irgend ein gleichgültiges Tagesereignis, die Auffassung einer Rollenpartie oder Theaterstück; es war, als hätte sich ein jeder abfällig, eine persönliche, innigere Seite im Gespräch anzuschlagen.

Ellen hatte sich einen Stoß Morgenzeitungen geben lassen und las gerührt im Theaterfeuilleton herum, während Kurt in verlorenem Sinnen den blauen Rauchwolken seiner Zigarette nachsah, die das kimmungslose Dämmern des traurigen kleinen Raumes in seinen, durchsichtigen Schleiern durchzogen.

Die unerwartete Begegnung auf dem Potsdamer Platz hatte auch in seinem Innern eine förmliche Revolution hervorgerufen.

Er fühlte, wie das unbestimmte Sehnen, das in den ganzen letzten Wochen mit immerwährender schmerzlicher Spannung nach einer Entladung gesucht, mit diesem Zusammenstöße endlich wieder seine allgewohnte Richtung erhalten hatte, wie alles, alles, was in seinem Herzen in schmerzlicher Erregung geschlummert, auf einmal zu neuem, quakendem Leben in ihm aufgewacht war.

Immer wieder trat das Bild Kottes vor seine Seele, das seine warmrote Kehle mit den leuchtenden blauen Augen, die in so tödlichem Erschrecken auf seinem Gesicht gerast hatten.

Kurt wachte durch den intimen Konnex der Bühnen- und Finanzkreise, daß die im Tiergartenviertel als erste Senktion der Saison beendete Heirat Harry Baudons schon in allerhöchster Zeit zur vollendeten Tatsache werden würde; auch Ellen hatte verschiedentlich über das eifrig kommentierte Ereignis zu ihm gesprochen, ohne zu ahnen, welche schmerzliche Erinnerungen sie mit ihren Worten in seinem Herzen auszulösen hatte.

Unwillkürlich hatte er sich mit einem dumpfen Gefühl des Fatalismus in das Unvermeidliche zu fügen gesucht, um sich mit abfälligen Vergessen gegen die anliegenden, quälenden Gedanken zur Wehr zu setzen, die in Stunden der Einsamkeit aus den Tiefen seiner Seele immer wieder zur Oberfläche emporsteigen waren.

Und nun wachte ihn der Zufall kurz vor Tagesbruch noch ein letztesmal mit der Geliebten zusammenzuführen, gleichsam, um ihm in grausamer Ironie zu zeigen, wie reich er noch vor wenigen Monaten gewesen war und wie er in hilfloser Verblüdung diesen Reichtum selbst von sich zu werfen hatte.

Unwillkürlich wandten sich seine Blicke zu dem Weibe hinüber, um dessen willen ihm jene Liebe einst verloren gegangen war.

Wie ein fühlendes Bild hob sich der entsandene Kopf des schönen Mädchens aus dem gedämpften Halbton der Dunkelheit.

Ein derber Zug lag um den feingeschmittenen Mund, ein Zug heimlicher Resignation, wie er überhaupt dem ganzen Charakter Ellens in letzter Zeit seine Signatur gegeben hatte.

Mit dem sicheren Instinkt des Liebenden Weibes hatte sie allmählich immer deutlicher erkannt, daß in den Empfindungen Kottes eine langsame Erstarrung eingetreten war, daß er ihr noch und noch ganz zu engleiten drohte, wenn es ihr nicht bald gelang, ihn durch ein unaussprechliches Band für immer an sich zu fesseln.

Ellen hatte nach dem Bruch mit Harry Baudon sofort freiwillig auf allen Luxus verzichtet, der von jenem einst so überreich auf sie ausgeschüttet worden war.

Sie hatte schon am Tage nach der Unterbrechung mit seinem Reichvertreter ihre Villa in der Hauptstraße geräumt und war in eine Pension am Rollendortplatz übersiedelt; zugleich damit war durch ihren eigenen Anwalt an Harry Baudon eine offizielle Mitteilung ergangen, daß sie ihr Konto bei der Deutschen Bank als erloschen betrachte und ihm ebenso seine gesamten Geschenke an Schmuck und Brillantstücken wieder zur Verfügung stelle.

Mit einem Gefühl freudigen Stolzes hatte sie die Ketten ihrer goldenen Anständigkeit abgestreift, weil sie für dies Opfer etwas anderes einzutauschen hoffte, das ihr kostbarer hätte als alle Schätze der Welt, die Liebe eines Mannes, dem sie selbst von ganzen Herzen zugewandt war.

Aus der flackernden Leidenschaft der ersten Wochen war allmählich eine tiefe, heiße Liebe herausgewachsen, die sich von Tag zu Tag immer mehr verinnerlicht, geklärt hatte und Ellens ganzes Wesen wie eine stille, reine Flamme durchglühte.

Seit langem schon war sie sich darüber klar, daß sie in dieser Liebe ihr Schicksal gefunden hatte, daß ihr in Kurt der Mann entgegengetreten war, der die Ergänzung ihres Lebens bilden mußte, wenn anders ihr dies Leben überhaupt noch lebenswert erscheinen sollte.

Und nun sah sie mit einem tiefen Bangen, wie Kurt sich innerlich immer weiter von ihr entfernte.

(Fortsetzung folgt.)



die sich mit der Not der Erwerbslosen und Sozialrentner befaßt. Er meint u. a., es möchte geprüft werden, ob nicht an der Grenze Zwangsmaßnahmen bei uns beschaffen werden, die es nicht so notwendig hätten und nur den tatsächlichen Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit wegnehmen. (Luzus von den Kom.) Und das sagt ein internationaler Sozialist! Das Demb liegt immer näher als der Not. Das Reich sei in der Arbeitslosenfrage sehr im Rückstand geblieben.

Abg. Ehrhardt (N.), der den Antrag seiner Partei über die Not der Erwerbslosen begründet, ergeht sich zunächst in langen Ausführungen über die Brutalität der Unternehmer, die den Arbeiter, wenn sie ihn ausgebeutet hätten, auf den Schutthaufen würfen. Er beantragt, die Unterstützungslage sofort auf 200 Proz. zu erhöhen, dafür 1200 Millionen Mark bereitzustellen und bei der Reichsregierung die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf das Existenzminimum nachdrücklich zu vertreten. Derselbe Redner begründet auch den Antrag betr. die Not der Sozialrentner und der rentenlosen Unterstützungsberechtigten. Er beantragt, den Rentenlosen sofort zu gewähren: Wöchentlich 5000 Mark für eine Einzelperson, 8000 Mark für ein Ehepaar und 1000 Mark für jedes Kind.

Es folgt die Begründung der Anträge. — Abgeordneter Dr. Schneider (D. W.) erklärt zunächst, daß ein Teil der Anträge bereits überholt sei. Gegen eine raschere Anpassung an die Geldentwertung sei nichts einzuwenden. Besser als Unterhaltungen sei produktive Erwerbslosenförderung.

Arbeitsminister Wiskau erklärt zu den Anträgen: Die Sozialversicherung gilt einheitlich für das ganze Reich. Daran darf nicht gerüttelt werden. Die von den Kommunisten geforderte Notgemeinschaft habe viel Gutes gewirkt. Allein in Dresden seien für 15 Millionen Mark zugegangen. Zur Beseitigung der Not der Kleinrentner habe das Arbeitsministerium viel getan durch Abgabe von Textil- und Schuhwaren und landwirtschaftlichen Produkten. Auch

verbilligtes Holz sei vom Staate abgegeben worden. Den Ländern und Gemeinden dürfe man nicht zumuten, für eine Politik der Reichsregierung die Verantwortung zu übernehmen, die auch die sächsische Regierung für anfechtbar halte. Die Regierung Sachsens habe in Berlin verschiedene Anregungen gegeben. Das sächsische Finanzministerium habe mit dem Beginn von Notstandsarbeiten noch zurückgehalten. Er hoffe, daß der Landtag das notwendige Verdict hierüber erlasse.

Ministerpräsident: Die Not der Kleinrentner ist eine Angelegenheit des Reiches. Trotzdem hat Sachsen sich bemüht, nach Kräften der Not entgegenzuwirken. Im Jahre 1922 brachte das Reich für Sachsen 73 Millionen auf, das Land 36,5 Millionen und die Gemeinden ebenfalls 36,5 Millionen. Für 1923 sind etwa 500 Millionen Mark vom Reich zu erwarten. Der Antrag Schneider ist längst durch das Reich erledigt. Der Antragsteller wünscht für den Wohnungsbau die Gesamtheit heranzuziehen und trotzdem den Bau der Wohnungen an Privatleute zu übergeben. Den Mietbetrag will er nach Goldwert berechnen. Die Herstellung einer Kleinwohnung kostet 100 000 Mark in Gold. Die Miete für eine Wohnung würde 300 Goldmark kosten, das sind 390 000 Mark für eine Wohnung von drei oder vier Zimmern für Kleinrentner. Die Lohn-einkommen betragen jetzt bei 15 000 Mark Wochenlohn 750 000 Mark. Das beweist die Unerschwinglichkeit des Planes. Auch die Kapitaldeckung ist unmöglich. Wo sollen die Sparkassen das Geld herbekommen?

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Das Martyrium der Kleinrentner ist in Kürze gar nicht zu schildern. Der Staat ist verpflichtet, zu helfen, aber bevor er es überhaupt kann, muß die freiwillige private Hilfe schnell eingreifen. Es ist verbrechend, sich dem zu entziehen. Wir begrüßen die Notgemeinschaft als gefunden Gedanken. Wehrarbeit für sie z. B. in Kohlenrevieren schafft nicht neue Erwerbs-

lose, wie wir von Kommunisten Seite suggeriert wird, sondern neue Arbeitsmöglichkeiten. Auch die Not der Sozialrentner und der Erwerbslosen kann nur durch das Reich behoben werden. Sachsen sollte im Reichsrat auf Verschleppung dringen. — Das bisherige System der Wohnungsbefreiung hat völlig versagt. Der Wohnungsbau muß aber betrieben werden. — Die Sozialrentner sind nicht, wie hier gesagt worden ist, Opfer des kapitalistischen Systems, denn sie hungern auch in Rußland, sondern des Marasmus im Gefolge der uns vom Feinde auferlegten Bedingungen.

Abg. Wenzel (Soz.) wendet sich gegen verschiedene Vorredner und beantragt, alle vorliegenden Anträge an einen Haushaltsausschuß zu verweisen. (Auf Ruf von links hin): Wir sind gespannt, welche positiven Vorschläge dort die Kommunisten machen können.

Abg. Berg (Dnat. Sp.) weist den Vorwurf von links, daß die Unternehmerricht sich den Opfern für die Deutsche Notgemeinschaft entgegen würde, zurück. Die äußerste Linke lehne die Hilfe für diese armen Menschen aus agitatorischen Gründen ab.

Abg. Müller (D. W.): Auch wir werden für Verweisung des Antrags Büßer an den Haushaltsausschuß stimmen. — Wir sind der Meinung, daß eine Gleichstellung der Kleinrentner doch wenigstens mit den Sozialrentnern herbeigeführt werden muß. Die Rückzahlung der Kapitalertragssteuer geht so langsam vor sich, daß das Geld inzwischen entwertet ist. Hier sollte die sächsische Regierung für Beschleunigung eintreten.

Nach kurzer weiterer Aussprache wurde die Verhandlung geschlossen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr. Die Tagesordnung umfaßt 18 Punkte. Es werden sämtliche bisher eingegangenen Anträge und Anfragen betreffend das Schulwesen, den Religionsunterricht und die Kirchenfragen behandelt.

**Ankauf Gold — Silber — Platin — Ganze Gebisse Einzelne Zähne — Juwelen Gegenstände und Bruch aller Art. Baark Biesse, Bismarckstr. 65 parterra, Ecke Klötzerstr.**

Ehe Sie etwas verkaufen, lassen Sie es sich kostenlos bei mir abschätzen. Strengste Diskretion.

Man verlange überall **Adelberger Bitter!**

Die gebrauchten Reden gegen Herrn Hammer in Gröba nehme ich, weil u. u. wahr, an. Frau Pauline Lehmann, Gröba

Junger Mann sucht möbl. Zimmer od. Schlaf. Federbett u. Wäsche w. gestellt. Off. unt. W D 9541 an Tagblatt Biesse.

**Wohnungstausch Dresden-Biesse.** Umanz veräußert. Off. unt. V U 9545 an Tagblatt Biesse.

**Größere Prt.-Wohnung** in Baulich o. a. kleiner in Biesse od. nächste Nähe z. 1. 4. od. früh. zu tauschen gesucht. Off. unt. V W 9547 an das Tagblatt Biesse.

Für 15. 1. od. 1. 2. 23 ehrl. ordentl. Kleinmädchen als

**Stütze der Hausfrau** f. Bürgel. Hausd. m. 2 Kindern in angen. gutbez. Stellung gesucht. Angeb. mit Lohnanprüchen an Frau Elm. Scheinhaus, Chemnitz, Marktstr. 10, 1. Fabrik wird veräußert.

Suche für 1. 2. ein ordentl. nicht fortbildungsschulpflicht. **Hausmädchen.** Frau Lotte Raff, Gröba, Schulstr. 1, 2.

**Suche ein Mädchen** nicht unter 16 Jahren, auf ein Landgut z. Erziehung meiner beiden Kinder im Alter von 2 und 3 Jahren bei voll. Familienanschluss. Werte Offerten erb. unter A H 100 postl. Wermsdorf.

**Herzenswunsch!** Hübsche junge Gutshof-Tochter m. Musik. u. Bern. ev. auch Wohnung, wünscht auf diesem Wege besseren Herrn aweds spät. Heirat kennen zu lernen. Werte Off. unt. V X 9548 an das Tagblatt Biesse.

**Schneidermädchen** per sofort gesucht. Fritz Schäfer, Wittenerstr. 32.

**Verfasser Klavierspieler (in)** für Kino über Land im Nebenberuf sofort gesucht. Fahrtvergütung u. Abenden. Angebote mit Forderung unter W B 9549 an das Tagblatt Biesse.

Sohn achtb. Eltern findet Otern gute Lehrstelle als **Schneiderlehrling.**

Arthur Otto, Schneidermeister, Hauptstr. 19.

Suche für meinen Neffen, welcher Bürgerschule und bereits 1 Jahr Handels- u. Fortbildungsschule bes. **Stell. als Lehrling in Bank od. Fabrik** zur weiteren Ausbildung. Guter Rechner u. Zeichner. Best. Angebote u. V X 9549 an das Tagblatt Biesse.

**Vereinsnachrichten**

**Rieser Sportverein Jugendabteilung.** Erscheinen der Jugendleiter und sämtl. Jugendlichen 1/8 Uhr Donnerstag Schachhof erforderlich. — Freitag 8 Uhr Spielerzusammenkunft Barth.

**Chorverein.** Donnerstag, 11. 1., 1/8 D., 1/9 S.

**Zither-Musikverein Biesse-Gröba.**

Sonnabend, 13. Januar, abends 8 Uhr im Hotel Wettiner Hof

**3. Stiftungsfest**

bestehend in Konzert und Ball. Durch Mitglieder eingesetzte Gäste können Karten in Biesse bei Friseur Goldsch., Hauptstr., in Gröba bei C. Schröder, Oststraße 8, entnehmen.

**Z. d. A. Oedentl. Versammlung aller Kaufmann.**

Freitag, 12. Jan., abends 1/8 Uhr im Hotel Wettiner Hof in Biesse. Tagesordnung:

Die bevorstehend. Wahlen zum Kaufmannsgericht. Referent: Rolf. Berthold Bauer, Dresden. Das Erscheinen aller Angestellten beiderlei Geschlechts ist dringende Pflicht. Es ladet ergebenst ein Zentralverband der Angestellten, Oststr. Biesse.

**Café Promenade.**

Morgen Donnerstag abend 1/8 Uhr **Künstler-Konzert** — Archh. Schneider. —

**Gasthof Münchritz.**

Sonnabend, den 13. Januar großer öffentlicher **Maskenball.** Sächsische Festschule.

**Kaufe geb. Fahrradteile, Nähmaschinen usw.**

Hauptstraße 73, 1. Et. 1.

**Alteisen, Altmetalle, Lumpen Papier, Knochen Flaschen** kauft Paul Altermann, Biesse, Randleil 2a.

**Brikett-Ausgabe**

für Landkundschaft Donnerstag, den 11. Januar (je 5 Zentner) von 8-12 Uhr und 2-5 Uhr.

**G. A. Schulze.**

**Kirchennachrichten.**

Gröba. Donnerstag abend 1/8 Uhr Bibelstunde in der Kirchschule (W. Stempel).

**Als Verlobte empfehlen sich**

**Martha Helm Ernst Blohm**

Robeln — Pfarrhaus Dörschnitz Berlin-Rosenthal 1

Suche für meinen Sohn (Obersekundareife) bald **Stellg. a. Lehrling** in einem größeren Betriebe. Angebote unter W A 9561 an das Tagblatt Biesse.

Suche für meinen Sohn der Otern die Schule verläßt und Lust hat Tischler zu werden, tüchtigen **Lehrmeister.**

Richard Richter, Gröba, Georgenstr. 6.

**1 Kupfer Schmied**

oder Rohbleger, im Schweißen bewandert, nicht unter 25 Jahre, zum sofortigen Antritt gesucht.

Richard Pitz, Kupferschmiedemstr., Wäseln bei Otsch.

**Schmiedelehrling**

für Otern gesucht. Max Kaufmann, Biesse.

Wir suchen zum sofortigen od. späteren Antritt mehrere jüngere **tüchtige Buchhalter.**

**Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft Filiale Wurzen.**

**Grundstück mit Laden**

(gute Lage) gegen Wohnungs-tausch z. verkaufen. Offerten unter V V 9546 an das Tagblatt Biesse.

**Suche zu kaufen:**

**Schäferhund** (Hüde, mit Stammbaum, 9 Mon. bis 2 Jahre alt) u. **Schäferhündin.** Neuestes Preisangebot erb. sofort W. Schneider, Strebla a. S., Torgauer Straße 29, Telefon Nr. 60.

**Emdener Günterich** gegen Ganz zu tauschen gef. Gröba, Rosenstr. 14.

**Schönes Haar — schönste Zier!**

Und dabei so leicht zu erwerben: Durch regelmäßige Pflege mit JAVOL. Das Kräuterhaarwasser JAVOL macht das Haar seidenweich, voll, dultig und locker, frei von Kopfschuppen und Schminnen. JAVOL ist in jeder Apotheke, Drogerie und beim Friseur zu haben.

**Plötzlich und unerwartet verschied** gestern abend sanft und ruhig nach kurzer Krankheit unser Liebling, unser Hoffnung, unser Sohn und Bruder

**Johannes.**

In tiefstem Schmerze Familie Paul Schönberg. Biesse, Hauptstraße 29, 10. Januar 1923. Die Beerdigung erfolgt Freitag nachm. 2 Uhr von der Friedhofshalle aus.



Ich hab's erprobt, ich bleib' dabei. Das beste Material für jeden Schuh ob herb ob fein das ist und bleibt Erdal

**Erdal**

Marke Rolfrosch - Schuhpaste Werner & Mertz A.-G. Mainz

**Hausflurplatten** empfiehlt Sengelshoff Sobnemann - Merzdorf. —

**Kücheneinrichtg.** sofort zu verkaufen. Enger, Goethestr. 82, 1.

**Sportwagen** unterhalten, zu kaufen gesucht. Angebote unter W C 9548 an Tagblatt Biesse.

**Meyers Konv.-Lexikon** 5. Aufl., wie neu, 17 Bde. zu je 1000 Mk., som. 12 m guter Herrenkleiderstoff zu verkaufen. Zu erfragen im Tagblatt Biesse.

**Guterb. Kinderliteratur** zu verkaufen. Merzdorf 34 4, 1.

**Piano oder Tafelklavier** zu kaufen gesucht. Off. mit Preisang. unt. V L 9536 an Tagblatt Biesse.

**Cello, Viante** und Jagdgewehr zu kaufen gesucht. Angebote unt. V Z 9560 an das Tagblatt Biesse.

**Fast neue Tisch- und Stühle** preiswert zu verkaufen. Gute Quelle.

**Kleinen Posten** gesucht zu kaufen. Pöschel, Albertplatz.

**8 bis 10 Str. gutes Senf** sowie ein wenig getragener **Kochermanden-Kraut** u. 1 Paar noch nicht getragene **Wurfschuhe** zu verkaufen. Preiswert zu verkaufen. Strebla, Lindenstr. 246 6 (bei Balthar).

**Altes Gold u. Silber** kauft Uhrmacher Röthke.

**Wäsche** Ban. Fische Ungeziefer vertilgt fol. bei Mensch u. Tier, 100 000 mal bewährt. „Riosolda“ gel. sch. Verkauf nur Post, Raabe, Poststr. 30, Post.

**Möbel**

neue und gebrauchte preisw. zu verkaufen. **Oskar Wette** Biesse, Bruchgasse 4

**Cheviot**

in verschied. Farben und Breislagen empfiehlt **Jda Tiogel**, Albertplatz 8, v.

**Porzellane u. Staatl. Meißel** (z. Fabrikpreis), Frauenth, Rosenthal, Thomas, Ostseerenther, Leiber, Raestler u. a. m. in Luxus-, Speise-, Kaffee- u. Oblique-, Porzellan-, Kristall-, Röhren-, Gläser, Emil Hauswald, Malerei u. Handig., Köpeln, Obermt. Tel. 523.

**Pflaumenmus**

verkauft **Wiermann**, Hundst. 2a.

**Ordngr. Biesse**

Freitag, d. 12. 1. 1923 abends 8 Uhr **Gibtterrasse Monatsversammlung.** Zahlreich Erscheinen nötig. D. G.

**Katharina Sing.**

Biesse, 10. Januar 1923. **Pfarrer Friedrich u. Frau Gertrud geb. Sing** zugleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen. Beerdigung Sonnabend nachmittags 2 Uhr von der Friedhofshalle aus. Beileidsbesuche bitten wir ablehnen zu dürfen.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.



# Der französische Einmarsch in das Ruhrgebiet.

## Was nun?

Mit verdorrter Gier ersehnte die Reparationskommission die letzten formalen Vernehmungen der deutschen Vertreter, um die fertig gebaute Willkürmaschine Frankreichs in Bewegung setzen zu können. Wie ein Riesenselbstmord wird dieser neue traurige Krieg, den ein wehrloses Deutschland über sich ergehen lassen muß, aufgemacht. Ein lächerlich anmutender Apparat wird gegen einen nicht vorhandenen Feind in Bewegung gesetzt. Der „Vormarsch“ erfolgt nach allen Regeln der Kriegskunst, und da so ziemlich jeder weiß, daß nicht geschossen, sondern nur unter Klatschgeschmetter marschiert wird, haben sich auch Kinosoperatoren, Kriegsberichterstatter und sonstige Schlachtenbummler der verschiedensten Art eingefunden. In Gut oder in einer Art Galgenstrickung läßt das deutsche Volk diese letzte schwere Demütigung über sich ergehen, die ihm noch einmal den Fluch der Wehrlosigkeit vor Augen führt. Gewiß, Unbefonnenheiten können uns im Augenblick nicht helfen, sondern unsere Lage nur noch mehr verschlimmern. Trotzdem ist in diesen düsteren Tagen bürokratisches Geschreibsel im Stille von „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“ nicht am Platze. Wenn, was niemand wünscht und was hoffentlich nicht geschieht, Aufruhrfälle sich ereignen, so trägt lediglich das unabweisbar gemordete Frankreich die Schuld daran. Man sich haben wir, darüber braucht gar nicht geredet zu werden, ein heiliges Recht zur organisierten Gegenwehr. Wenn wir es nicht ausüben können, wenn wir keine Ausübung sogar für schädlich erklären müssen, so ist lediglich das Gefühl der Ausichtslosigkeit solchen Tuns eine Begründung hierfür.

Aufs Härte werden sich die wirtschaftlichen Folgen der Ruhrbesetzung bemerkbar machen. Der Währungsplan, ein in voller Arbeit befindliches Wirtschaftsgebiet durch eine künstliche Inflation plötzlich von seinem Hinterlande abzuperrren, wird sich zu einer Verwirrung größten Stiles gestalten. Schneidet doch die geplante Grenze nicht nur die Rohstoff- und Energieindustrie von der Verarbeitungsindustrie ab, sondern vielfach auch innig zusammenhängende Konzerne mitten auseinander. Ein geradezu unerhörter Eingriff ist die geplante Kontrolle der Industrie. Allen völkerrechtlichen Grundgesetzen zum Trotz beabsichtigt Frankreich, sich für politische Forderungen an den Staat am Privateigentümer schadlos zu halten. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß Frankreich, sobald es sich einmal häuslich niedergelassen hat, das Ruhrgebiet ebenso wie das Saargebiet behandeln wird. Die Zurückdrängung der Markwährung, die weitere Glend über Deutschland bringt, wird eine Vorläuferin des Eindringens französischen Kapitals in alle Unternehmungen sein. Französische Banken werden den Ingenieuren und Solarten folgen.

Was wird nun die deutsche Regierung in dieser geschichtlichen noch nicht dagewesenen Lage tun? Daß die Besetzung des Ruhrgebietes ein großer Rechtsbruch ist, braucht heute nicht mehr auseinanderzusetzen zu werden. Leider sind die Auslassungen der Regierung selbst über die rechtliche Seite dieser Frage zwar juristisch einwandfrei, aber journalistisch nicht gerade im Hinblick auf internationale Wirkung aufgemacht. Aber Proteste bringen uns da, wo wir jetzt einmal uns befinden, noch weniger weiter als in früheren Entwicklungsstadien der Entrechtung. Um diplomatischen Notwendigkeiten zu genügen, mag die Versendung solcher Proteste vielleicht nötig sein, darüber hinaus aber muß sich die Regierung dazu aufraffen, aus dem Rechtsbruch Frankreichs die Folgerungen zu ziehen. Wenn ein Land von fremden Truppen überfallen wird, und ganze Grenzgebiete von ihm losgerissen werden, so ist die einzig mögliche Antwort darauf der Abbruch aller Beziehungen zu dem Friedensbrecher, zumal militärische Gegenwirkung nicht möglich ist. Solange Frankreich mit dem Rechte des Stärkeren deutsches Land raubt, muß Deutschland jede Beziehung zu diesem bössartigen Nachbar abbrechen, seinen Gesandten abberufen, seine Staatsangehörigen ausweisen oder internieren, alle Beziehungen einstellen. Wie weit die deutsche Regierung diese Folgerungen ziehen wird, hängt leider nicht nur von gefühlsmäßigen, sondern in sehr starkem Maße von praktischen Erwägungen ab. Die Stunde ist ernst. Sie fordert von einer deutschen Reichsregierung, daß sie Würde wahrt und gleichzeitig die Interessen des deutschen Volkes in wirksamer Weise vertritt.

## Ein Aufruf des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident richtete an die Bevölkerung des von der neuen Besetzung bedrohten Gebietes folgenden Aufruf, der durch öffentlichen Umschlag verbreitet wurde:

Mitbürger! Gehört auf die militärische Gewalt schickt sich fremde Willkür an, erneut das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu verletzen. Abermals erfolgt ein Einbruch unserer Gegner in deutsches Land. Die Politik der Gewalt, die seit dem Friedensschluß Verträge verletzt, Menschenrechte mit Füßen tritt, bedroht das innere Gebiet der deutschen Wirtschaft, die Hauptquellen unserer Arbeit, das Brot der deutschen Industrie und der gesamten Arbeiterschaft. Die Ausführung des Friedensvertrages wird so zur absoluten Unmöglichkeit. Zugleich werden die Lebensbedingungen des schwerleidenden deutschen Volkes noch weiterhin zerrüttet. Der Vertrag von Versailles sollte den Willkür den ersehnten Frieden bringen. Was hier geschieht, ist aber die Fortsetzung des Unrechtes und der Gewalt. Es ist ein Vertragsbruch, angetan einem entwaffneten wehrlosen Volke. Deutschland war bereit zu leisten, soweit seine Kraft reicht. Trotzdem wird es nun überfallen. Diesen Gewalttätigkeiten klagen wir vor Europa und der ganzen Welt an. Laut erheben wir unsere Stimme, daß hier eine fremde Macht das heilige Recht des deutschen Volkes am eigenen Boden und sein Recht zum Leben vergewaltigt.

Nun sollt Ihr für das ganze deutsche Vaterland das harte Los der Fremdberrschaft erdulden. Darret in dunderndem Kreise aus, bleibt feist, bleibt rubig, bleibt besonnen im Gefühl unseres guten Viechtes, tretet in erster Reihe den fremden Gewaltthätern entgegen, bis der Morgen tagt, der dem Viecht seinen Platz und Euch die Freiheit gibt. Wir aber geloben Euch Kreuze und Hilfen. Unsere rühmliche Sorge wird es sein, und nichts soll ungeschehen bleiben, um die Dauer der Fremdberrschaft abzukürzen, Eure Not zu lindern und den Weg für den wahren Frieden zu finden. An dem deutschen Gemeinwohl und der operativen Vaterlandsliebe werden die fremden Machtpläne gescheitern. Galiet allezeit noch die deutsche Einheit und unser gutes Recht.

Reichspräsident Ebert, Reichskanzler Cuno.

## Die angeblichen Vorgänge in Moskau.

Nach einer Savas-Nachricht aus Konstantinopel wird den englischen Streit in aller Form demontiert, daß die Araber die britischen Truppen aus dem Wilalet Moskau vertrieben und daß diese Bagdad geräumt hätten.

## Besetzung von Essen und Mülheim.

Aus Essen wird unterm 9. Januar gemeldet: Wie von zuverlässiger Seite verlautet, sind von Mainz 28 Bände mit französischen Truppen unterwegs und laufen seit Montag nachmittag auf den Stationen Ratingen-Ost, Mülheim-Epeldorf, Duisburg-Dampfbahnhof und Duisburg-Obfeld-Süd ein. Der Personen- und Güterverkehr hat bisher keine Störung erfahren.

Zu den französischen Truppenbewegungen ist noch zu melden: Bis jetzt trafen in den Grenzgebieten 29 Bände mit Infanterie, Kavallerie und Artillerie ein. Davon waren bis gegen Dienstag abend 10 entladen. Heute sollen weitere 24 Bände eintreffen. Die Zahl der Truppen wird auf höchstens 40 - 50000 geschätzt. Ueber ein Vordringen in das unbesetzte Gebiet liegen keine Nachrichten vor.

Düsseldorf gleicht einem großen Lager. Eine Reihe von Schulen und Büchereien wurde beschlagnahmt und mit Truppen besetzt. Tausend treffen neue Truppen transportierte aller Waffengattungen ein. Die Kraftwagenbesitzer, denen der Requisitionsbefehl zugegangen ist, müssen ihre Wagen mit gefüllten Lebehältern zur früheren Kaserne der 39. der jetzigen Napoleon-Kaserne, bringen. Im Falle der Nichtabführung der Kraftwagen werden die Besitzer vor ein Militärgericht gestellt und die Wagen können mit Beschlagnahme bestraft werden. Während der Requisitionszeit und bis auf weiteren Befehl dürfen keine Kraftwagen ohne einen vom Waffentombandanten unterschriebenen Begleitschein den Brückenkopf Düsseldorf verlassen. Störungen im Eisenbahnverkehr sind bis gestern abend nicht zu verzeichnen.

Wie die Berliner Blätter aus Essen melden, sind die französischen Besetzungen zum Einmarsch in das Ruhrgebiet zum Abschluß gebracht. Die Spitzen der französischen Truppen werden für heute früh gegen 4 Uhr in Essen erwartet, während das Gros im Laufe des Tages folgen wird. Der Befehl an die Truppen lautet: Besetzung von Essen und Mülheim. Für die Besetzung von Bochum und Gelsenkirchen liegen ebenfalls Befehle vor, deren Ausführung erst auf weiteres Druckmittel gegenüber der deutschen Regierung gesandt ist.

Wie die belgische Telegraphenagentur meldet, werden am Mittwoch vormittag Abteilungen belgischer Truppen von verschiedenen Punkten nach Deutschland vordringen.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Trier meldet, sind am Sonntagabend die Zollämter an der luxemburgischen Grenze durch Spahis besetzt worden. Die deutschen Zollwächter wurden weggeschickt. Im Verlaufe des Tages gingen 24 Bände mit Ruhrgebet ab. Wie verlautet, sollen 15000 Mann, in der Hauptmasse Spahis, in die Rheinprovinz einrücken.

## Die Benachrichtigung der britischen Regierung.

Der französische Botschafter in London legte gestern abend die britische Regierung von den französischen Operationsplänen im Ruhrgebiet in Kenntnis. In der bereits für Donnerstag einkubierten Kabinettsitzung wird sich das Kabinett auch mit der Lage beschäftigen, wie sie sich infolge der französischen Operationen ergeben kann. Der Kriegsminister Voro Terby wollte gestern abend von Cannes nach London abreisen, um an der Kabinettsitzung am Donnerstag teilzunehmen.

## Ministerrat in Berlin.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand gestern nachmittag in Berlin ein Ministerrat statt, an dem auch der preussische Ministerpräsident teilnahm. Der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen erstatteten Bericht über die durch das Vorgehen Frankreichs geschaffene Lage und über die Stellungnahme der Reichsregierung. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit. Wie das „Berliner Tageblatt“ schreibt, darf als feststehend angesehen werden, daß die Reichsregierung sofort nach der Besetzung Essens durch die Franzosen bei den übrigen Signatarmächten des Versailler Vertrages schriftlichen Protest erheben wird.

Zu der Meldung, daß eine Verfügung des Reichswehrministers ergangen sei, wonach die Reichswehr zurückgezogen werden soll, um jeden Zusammenstoß mit den einrückenden französischen Truppen zu vermeiden, erfahren die Blätter, daß diese Behauptung schon deswegen hinfällig ist, weil in der neutralen 50 Kilometer-Zone keine Reichswehr garnisoniert ist. Die westlichsten deutschen Garnisonen sind zur Zeit Münster, Warburg, Aichel, Gießen und Tonguesdungen. Nach einer Meldung aus Frankfurt a. M. veranstaltete die dortige kommunistische Partei vorgestern eine Protestkundgebung gegen die französische Politik, an der namhafte kommunistische Führer Frankreichs, Englands und Italiens teilnahmen. Marcel Cachin, Frankreich sagte, sollte der Plan Boncompagni, das Ruhrgebiet zu besetzen, zur Ausführung kommen, dann wird die französische Arbeiterschaft die Erregung des deutschen Proletariats stellen, und sie wird ihre Handlungen denen der deutschen Arbeiter anpassen. Das internationale Proletariat wird sich nicht wieder, wie 1914 zur Schlachtbühne führen lassen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die sich gegen die Besetzung deutschen Gebietes auspricht.

Die Schibenverbände des gesamten deutschen Unternehmertums haben gestern nachmittag beim Reichskanzler vorgeschrieben und in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers namens ihrer Verbände die Versicherung abgegeben, daß sie bei der Abwehr der deutschen Reichsregierung drohenden Vergewaltigung die deutsche Regierung einmütig mit allen Kräften unterstützen werden. Die Abwehr verlange die Einheit des gesamten deutschen Volkes. Die Wirtschaftskräfte würden alle Opfer bringen, welche die Not des Vaterlandes erheische. — Der Reichskanzler dankte für diese einmütige Erklärung und bezeichnete die sofortige Zusammenfassung der an der Wirtschaft beteiligten Faktoren zur praktischen Arbeit als die zur Zeit dringendste Arbeit der Reichsregierung.

Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ beschloß gestern eine in Essen abgehaltene Versammlung des rheinisch-westfälischen Kohlenhandels einmütig und unter Zustimmung der Arbeitervertreter, den Sitz des Syndikats von Essen nach Hamburg zu verlegen. Durch die Verlegung des Syndikats wird die Produktion im Kohlenhandel stark geschwächt, denn Boncompagni muß anstelle des Kohlenhandels eine eigene Organisation leiten, ohne die langjährige Erfahrung und das deutsche Organisationsstalent Herzig zu haben.

Laut „Deutscher Allgemeine Zeitung“ erklärte die Verwaltung der Kruppwerke u. S. in Essen auf eine Anfrage, daß sie versuchen werde, den ungestörten Fortgang der Arbeit in den Werken aufrecht zu erhalten, weil von dieser Arbeit allein in Essen 54000 Menschen ihr Brot haben.

Laut „Tageblatt“ wird der Reichsernährungsminister Dr. Luther angesichts der Bedrohung, der Essen ausgeht, einen längeren Urlaub antreten und vorübergehend sein früheres Amt als Oberbürgermeister der Stadt Essen wieder übernehmen.

## Französische und belgische Erklärungen.

Savas meldet aus Paris: Man berichtet, daß verschiedene Abgeordnete der Regierung ihre Befürchtungen ausgedrückt haben, die ihnen die von der kommunistischen Partei im besetzten Deutschland unternommene Campaigne am Vorabend der von Frankreich beschlossenen Maßnahmen verurteilt. Man fügt hinzu, daß die Regierung, nachdem sie von Parlamentsmitgliedern über diese Vorfälle unterrichtet worden war, eine Untersuchung angeordnet habe, die gegenwärtig weiter geht und deren Ergebnis sie abwarten werde, um eine Entscheidung zu fällen, wenn die Dinge ein Einmütiges erforderlich machen.

In der gestrigen Sitzung des französischen Senats sagte der Alterspräsident Doumer, der Tag des Friedens wäre gekommen, wenn alle Länder dem Völkerbunde angeschlossen und sein Land durch die Waffen und rechtliche Forderungen zur Geltung bringen könnte, ohne die anderen Völker gegen sich zu haben. Die Bedingungen für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund seien: Es müsse seine Zulassung verlangen, aber erst, wenn es die Revanchegedanken, deren es sich rühme, aufgegeben habe. Es müsse auch seine Verpflichtungen erfüllen, die es unterzeichnet habe. Ein Deutschland, das sich absichtlich in den Völkerbund mische, könne nicht dem Bunde der Nationen beitreten, die ihr Wort halten. Es sei deren unwürdig.

In der belgischen Kammer erklärte der Minister des Auswärtigen Jaspar u. a.: Wenn wir heute in das Ruhrgebiet einmarschieren, so geschieht das, weil dort immer die Kriegsgefahr besteht, die die Welt bedroht, und weil dort der Mittelpunkt des Widerstandes gegen unsere gerechten Forderungen sich befindet. Wir sind fest entschlossen, zu verlangen, was uns zusteht, wenn möglich auf friedlichem Wege, wenn nicht durch Gewalt. Dabei rechnen wir immer noch auf den Beistand der britischen Regierung, um den Frieden von Versailles zur Durchführung zu bringen. — Ministerpräsident Thonnin gab in der belgischen Kammer ausführliche Erklärungen über den Verlauf und die Beschlüsse der Pariser Konferenz ab. Belgien habe sich nicht aus Rache oder Born zum Einmarsch in das Ruhrgebiet entschlossen. Dieses Vorgehen sei das letzte Mittel, um zu zwingen, sich Resignation über seine Reparationsverpflichtungen abzulegen.

## Die Entscheidung der Reparationskommission.

Das offizielle Communiqué der Reparationskommission über die getriggerte Sitzung lautet: Die Reparationskommission trat heute 9 Uhr 30 Min. unter dem Vorsitz von Barthou zusammen und nahm die Anhörung der Vertreter der deutschen Regierung über die Forderungen der Kohlenlieferungen an Frankreich im Jahre 1922 wieder auf. Die deutsche Delegation war wie gestern zusammengesetzt, war jedoch durch Direktor Lüben vom Kohlen Syndikat erweitert. Sobald die Anhörung zu Ende war, trat die Kommission in ihre Beratungen ein. Mit drei gegen eine Stimme beschloß die Kommission, daß bei den Kohlenlieferungen an Frankreich im Jahre 1922 Verletzungen Deutschlands im Sinne § 17 Anhang 2, Teil VIII des Versailler Vertrages vorliegen. Der englische Delegierte stimmte gegen den Beschluß.

In einer Savas-Nachricht heißt es: Sir John Bradburn habe vor allem die Gründe auseinandergesetzt, weshalb nach seiner Auffassung kein Anlaß vorliege, eine Verletzung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen des Jahres 1922 festzustellen.

Ueber die von den deutschen Vertretern vor der Reparationskommission gemachten Ausführungen wird gemeldet: Direktor Lüben führte aus, indem er vor allen Dingen den Verzicht der in Frage kommenden Organe untereinander erläuterte und auf die Schwierigkeiten im normalen Geschäftsverkehr hinwies, daß naturgemäß bei so gewaltigen Lieferungen, wie die Alliierten sie fordern, die Schwierigkeiten sich vermehren müßten. Lüben betonte mit Nachdruck, daß von den Seiten der deutschen Regierung bis herab zum letzten Organ seit Jahr und Tag die äußersten Anstrengungen gemacht worden, um den Anforderungen der Reparationskommission Genüge zu leisten. Er legte feierlichste Verwahrung gegen die Behauptung der Gegenseite ein, daß von deutscher Seite nicht das getan worden sei, was unter den obwaltenden Umständen menschenmöglich gewesen wäre.

Geherrnat Kuppel würdigte in seinen Ausführungen zunächst die von den wirtschaftlichen Sachverständigen vorgebrachten Tatsachen vom rechtlichen Standpunkt. Er hob hervor, daß die monatlichen Kohlenprogramme der Reparationskommission die deutsche Leistungsfähigkeit nicht genügend berücksichtigt haben, was Deutschland regelmäßig im voraus geltend gemacht worden sei. Er betonte, daß deutscherseits alles geschehen sei, was billigerweise erwartet werden konnte, um die Anforderungen trotzdem zu erfüllen. Wenn dies nicht vollständig gelungen sei, so müßten bei der Beurteilung zwei Gesichtspunkte beachtet werden, einmal die Einwirkung höherer Gewalt und sonstiger, von Deutschland nicht zu vertretender Umstände und sodann die Tatsache, daß nach einem auch vom Verträge von Versailles für die Reparationen im allgemeinen und für die Kohlenlieferungen im besonderen anerkannten Grundsatze die deutschen Lieferungsverpflichtungen an der Leistungsfähigkeit und dem lebensnotwendigen Bedarf Deutschlands ihre Grenze finden.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen ging er auf den Fall ein, daß die Reparationskommission, obwohl nachgewiesen sei, daß von einer gewissen Nichterfüllung der Kohlenanforderungen keine Rede sein könne, eine abschließende Nichterfüllung feststellen sollte. Er verwies dabei auf die Entscheidung der Reparationskommission vom 21. März 1922, in der im voraus die Folgen einer abschließenden Nichterfüllung von Sachlieferungen im Jahre 1922 festgestellt worden sind. Auf diese Entscheidung habe die Reparationskommission in ihrer Entscheidung vom 26. Dezember 1922 in der Frage der Kohlenlieferungen die Alliierten Regierungen ausdrücklich hingewiesen. In der Kohlenfrage stehe Deutschland auf dem rechtlichen Standpunkte, daß, falls entgegen den deutschen Darlegungen eine gewisse Nichterfüllung angenommen werden sollte, ohne Anwendung der Paragraphen 17 und 18 der Anlage 2 nur der von der Reparationskommission in der Entscheidung vom 21. 3. 1922 von vornherein bezeichnete Weg für die Regelung der Frage in Betracht kommen könne.

Staatssekretär Fischer wies zum Schluß der Sitzung darauf hin, daß in der fortlaufenden Reihe von Beschlüssen



lungen, die zwischen den deutschen und den alliierten Vertretern stattgefunden hätten, darum gerungen worden sei, wie die unauflösbaren Anforderungen der Reparationskommission in die Praxis umgesetzt und erfüllt werden könnten. Die beiden Seiten hätten die tatsächlichen Schwierigkeiten voll und ganz erkannt und immer wieder von Fall zu Fall einen Weg gefunden, wie die tatsächliche Ausführung gestaltet werden sollte. Er sei fest davon überzeugt, daß gerade auch die alliierten Vertreter, die die unmittelbare Kenntnis dieser Dinge haben, persönlich davon überzeugt seien, daß von deutscher Seite alles irgendwie Mögliche geschehen sei. Er sei daher äußerst erstaunt gewesen, in der Note, welche die französische Regierung den Alliierten bei der Pariser Konferenz mitgeteilt hat, zu lesen, daß Deutschland systematisch keine Kohlenlieferungen eingeführt hätte. Bei Würdigung dieses Schriftstückes sieht er in Betracht, daß es sich um ein politisches Dokument handle. Die Reparationskommission aber sei keine politische Körperschaft, und sie würde sich daher bei objektiver Würdigung des Tatbestandes nach seiner Lieberzeugung der Behauptung der französischen Regierung keineswegs anschließen können. Ein wesentliches Argument in der genannten französischen Note bilde auch der Vergleich, welcher zwischen der Kohlenausfuhr von Deutschland nach Frankreich im Jahre 1922 geleisteten Menge gemacht worden ist. Es sei geklärt dargestellt worden, daß die Differenz dieses Vergleichs unrichtig seien und daß jetzt durch die Kohlenlieferungen mehr nach Frankreich komme als im Frieden im Handelsverkehr. Daß ein solcher Vergleich im Grunde überhaupt unzulässig sei, brauche nicht erneut betont zu werden. Im Frieden habe es sich um ein Deutschland mit normalem Geld, mit intakter Wirtschaft, mit intakten Kohlenrevieren gehandelt. Alles das sei von Grund auf geändert. Einem Argument, das in Frankreich eine Rolle zu spielen schiene, müsse noch entgegengetreten werden. Man schiene geneigt, einen bösen Willen Deutschlands gegenüber der Erfüllung der Zwangslieferungen daraus herzuleiten, daß von deutscher Seite die Aufstellung vertreten worden sei, es könnte, falls Kohle und Holz bezahlt würde, mehr nach Frankreich geliefert werden, als auf dem Wege über die Reparationskommission. Eine solche Argumentation müßte mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden. Die Zwangslieferungen trafen Deutschland wirtschaftlich und finanziell in der schwersten Weise. Sie zerstörten die normale Kohlenwirtschaft, die insbesondere durch geographische Verhältnisse bedingt sei. Sie zwängen Deutschland, Kohlen zu importieren, ohne daß es für den Kohlenexport Entgelt erhalte. Es sei vollkommen klar, daß, wenn wenigstens zu einem angemessenen Teil der normale Kohlenexport wieder hergestellt werden würde, dies von den alliierten Mächten auch für den Kohlenverkehr zwischen Deutschland und Frankreich begleitet sein würde.

### Die Haltung Amerikas.

„New York Times“ berichtet aus Washington: Die amerikanische öffentliche Meinung hat besondere Bedeutung dem Umstand beigemessen, daß Frankreich, als es sich für den Einmarsch in das Ruhrgebiet entschied, davon unterrichtet war, daß diese Absicht im Gegensatz zu der Auffassung der Vereinigten Staaten stehe. Amerika erhob aus diesem Anlaß Vorstellungen im Verlauf einer nicht formellen Frühlingssitzung, bei der der Vorschlag gemacht wurde, die Alliierten möchten, wenn sie sich in der Reparationsfrage nicht einigen könnten, die Einberufung eines internationalen Banker-Kongresses in Erwägung ziehen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Mitteilung an Frankreich genüge, um Frankreich vollkommen und klar über die Haltung Amerikas zu unterrichten. Die Regierung beabsichtigt nicht, im Fall eines Einmarsches in das Ruhrgebiet einen Protest an Frankreich zu richten, da ein Protest die Franzosen nicht veranlassen würde, ihre Pläne zu ändern und wahrscheinlich eine Mißhandlung herbeizuführen würde. Eine plötzliche Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Koblenz würde jetzt nach Ansicht der amtlichen Kreise ein Fehler sein. Nicht nur Frankreichs Empfindlichkeit ist in Betracht gezogen worden, sondern auch die Einwirkung auf die Stellung Englands und Belgiens und die Lage, in der Deutschland zurückbleiben würde, wenn der moralische und der materielle Einfluß der Vereinigten Staaten im Rheinland plötzlich aufhören würde.

### Die Pariser Presse und die Reparationen.

Das Syndikat der Pariser Presse wurde gestern, wie Deure berichtet, zu einer Sitzung zusammenberufen. Einem Vorlesenden, dem Direktor des „Journal des Debats“, seien am Sonntag von dem Ministerpräsidenten Richtlinien über die Haltung der Pariser Presse während der Durchführung der vorgesehene Reparationen gegeben worden. Volcarré wünschte, daß man von ihnen möglichst wenig Aufhebens mache. Denn sie seien im Grunde genommen doch nur die logische Folge der Ausführung des Friedensvertrages. Er hat, alles zu vermeiden, was Zwischenfälle hervorzurufen könne. Das Syndikat erörterte diese Mitteilung und man hörte Rufe, wie „Sind wir im Krieg?“ Dann veröffentlichte man ein Communiqué. Schließlich legte der Vorsitzende folgendes Protokoll auf: Das Syndikat der Pariser Presse verpflichtet sich zu großer Zurückhaltung. Es erwartet, daß die Regierung alle Informationen geben werde, die mit dem nationalen Wohl vereinbar sind. Nach der Sitzung verlangte der Vorsitzende des Syndikats von Volcarré, daß schleunigst ein künftiges Pressebüro errichtet werde. Kein anderes Blatt hat über diese Beratung des Presseindikats einen Bericht veröffentlicht. „Populaire“ weist darauf hin, daß die nationalistische Presse, die Volcarré lebhaft dränge, ohne Zeitverlust vorzugeben, sodas er am Donnerstag der Kammer und dem Senat den Einsatz in Osten und Westen verkünden könne und sich gleichzeitig bemühe, ihre Leser glauben zu machen, daß alle Welt sich bereits vor der vollendeten Tatsache beuge und daß in London und anderwärts die Entwicklung der französischen Politik beinahe mit Sympathie verfolgt werde. — Eine ungebührliche Entfaltung der Wahrheit, erklärt das sozialistische Blatt, die die Ereignisse richtig stellen werden. In Wirklichkeit stehe man in London wie in Washington dem Eigenwillen Frankreichs fastungslos gegenüber und mache sich immer mehr Sorge, daß durch die isolierte Eintreibung seiner Forderungen die Ansprüche der übrigen Alliierten gefährdet werden und mehr als je die Lösung der Reparationsfrage komplizierter droht.

### Erklärungen des deutschen Außenministers.

Der Reichsminister des Auswärtigen v. Rosenburg gab gegenüber einem Vertreter des W. L. B. folgende Erklärung über die Reichsregierung in der Sanktionsfrage ab: Der Herr Reichsminister hat beim gestrigen Empfang amerikanischer Journalisten die französischen Pläne gegen Deutschland bereits als das gekennzeichnet, was sie sind: als Bruch des Versailler Vertrages und als Gewalt gegen ein wehrloses Volk. Das, was die Franzosen Sanktionen nennen, wollen sie auf den § 18 des zweiten Anlage zum Reparationskapitel des Versailler Vertrages stützen. Hier wird für den Fall einer vorläufigen Nichterfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen vorgesehen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen wirtschaftliche und finanzielle Zwangs- und Zwangsmaßnahmen sowie allgemein solche anderen Maßnahmen ergreifen können, die sie als durch die Umstände geboten machen. Zugleich wird bestimmt, daß Deutschland solche

Maßnahmen nicht als feindselige Akte betrachten darf. Das so in einem Verlaufe, das jeder Rechtsparantie entbehrt und in dem die eine Partei zugleich Richter und Geschworene ist, Strafen gegen die andere Partei verhängt werden dürfen, ist unabweislich genug. So weit geht aber selbst diese Unabweislichkeit nicht, daß damit den Alliierten eine Planvollmacht zu jeder beliebigen Maßnahme gegen Deutschland gegeben wäre. Die Gebietshoheit ist die höchste Maßnahme, die einem souveränen Staate gegenüber getroffen werden kann. Es wäre völlig unverständlich, wenn der Versailler Vertrag das Recht zu dieser äußersten Maßnahme in einer kurzen Schlusswendung ohne ausdrückliche Erwähnung hätte gewährt wollen, nachdem er an erster Stelle die weit mehr einschneidenden wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen besonders aufzählt. Die französische Interpretation läuft letzten Endes auf die Behauptung hinaus, jede der alliierten Mächte besäße im § 18 einen Freibrief für eine beliebig lange Besetzung des ganzen deutschen Gebietes. Eine solche Interpretation führt sich selbst ad absurdum.

Der Vertrag behandelt die Sicherung der deutschen Vertragserfüllung durch Besetzung deutschen Gebietes in einem besonderen Abschnitt, nämlich in den Artikeln 428 bis 432, die gerade auch den Einfluß einer Regelung der Reparationsverpflichtungen auf die Gebietshoheit regeln. Keiner dieser Artikel gibt den Alliierten das Recht, deutsches Gebiet rechts des Rheins neu zu besetzen oder über den Rheinflaß hinaus in die deutschen Gebietshoheit einzugreifen. Nach den elementarsten Regeln der Vertragsauslegung können in der Schlusswendung des § 18 nur Maßnahmen gemeint sein, die den vorhergenannten wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen ihrem Wesen und ihrer Bedeutung nach gleichzusetzen sind. Das können immer nur Maßnahmen sein, die die Alliierten in ihrem eigenen Gebietshoheit vornehmen.

Diese Voraussetzung trifft auf keines der Projekte zu, von denen jetzt in Frankreich die Rede ist. Auch soweit dabei nicht offene militärische Okkupationsakte, sondern Einzelmaßnahmen ohne sichtbaren militärischen Charakter in Betracht kommen, sind es doch schwere Eingriffe in die deutsche Gebietshoheit, die nicht deshalb als Maßnahmen im Rahmen des § 18 angesehen werden können, weil sie einen wirtschaftlichen oder finanziellen Anstrich haben. Dies gilt auch für die Pläne, die im besetzten Rheinland vorzunehmen sind. Die Besetzung der Alliierten im Rheinland sind im Rheinlandsabkommen ausdrücklich geregelt. Alles, was über dieses Abkommen hinausgeht, und das nun zweifellos alle jene französischen Projekte, ist ebenso eine vertragswidrige Verletzung des deutschen Territoriums, wie die Liebergriffe auf das unbesetzte Gebiet. Für diese Auffassung ist ein authentisches französisches Zeugnis vorhanden. Briand hat im Jahre 1921 im französischen Parlament ausdrücklich erklärt, daß die seinerzeit vorgesehene, später auch verwirklichte Verhängung eines besonderen Zollregimes über das Rheinland über den Versailler Vertrag hinausgehe und deshalb eine Erweiterung der den Alliierten an sich zugehenden Garantien bedeute.

Eine indirekte Bestätigung unserer Auslegung des § 18 ist auch darin zu sehen, daß sich Volcarré in seiner letzten Rede über die Reparationsfrage vom 15. v. M. im Gegensatz zu seinen früheren Äußerungen nicht mehr auf diesen Paragraphen, sondern auf eine andere Bestimmung des Versailler Vertrages berufen hat. Er hat bei dieser Gelegenheit von dem Recht Frankreichs gesprochen, sich im Falle eines Ausbleibens der deutschen Zahlungen Wälder zu nehmen und hat dieses Recht auf den Artikel 248 gestützt. Nach dem Artikel bezieht sich für die deutschen Reparationsverpflichtungen ein Vorrecht ersten Ranges auf das deutsche Staatsvermögen. Die Alliierten können also verlangen, daß bei Nichterfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen das dem Vorrechte unterliegende Vermögen mit Vorsatz vor anderen Gläubigern zur Befriedigung ihrer Forderungen zu verwenden ist. Dagegen sagt weder der Artikel 248, noch eine andere Bestimmung des Vertrages darüber etwas, in welcher Weise eintretenden Falles diese Verwendung zu erfolgen hätte.

Die Alliierten haben deshalb keinerlei Befugnisse, diese Verwendung ihrerseits dadurch herbeizuführen, daß sie unmittelbar die Hand an deutsches Staatsvermögen legen. In der deutschen Presse ist nach Bekanntwerden der Rede Volcarrés schon zutreffend darauf hingewiesen worden, daß diese Auffassung über Bestätigung auch in dem Ultimatum der Alliierten vom 16. Juni 1919 findet. Dort wird aus dem Artikel für die Alliierten lediglich das Recht gelehrt, ihre Verablung mit Vorrecht (par priorité) vor der Regelung aller anderen Schulden des Reiches und der deutschen Länder zu erhalten. Im Artikel wird also entsprechend seinem klaren Wortlaut nur diese Bedeutung beigelegt, daß er eine Rangordnung der verschiedenen Gläubiger Deutschlands festlegt. Trägende Rechtsgrundlage für die französische Forderungspolitik enthält der Artikel nicht. Die ganze Frage der von Frankreich in Anspruch genommenen Sanktions- und Wälderrechte hat aber neben dem materiellen Inhalt dieser Rechte noch eine zweite Seite, die aber nicht minder bedeutend ist. Die französische Regierung glaubt, die geplanten Maßnahmen auf eigene Faust ohne das Einverständnis der anderen Alliierten durchführen zu können. Sie wird von ihr nach früheren Äußerungen aus einem Worte hergeleitet, daß sich in der bereits erwähnten Schlusswendung des § 18 findet. Es heißt dort, daß die in Rede stehenden Maßnahmen von den respektiven Regierungen (Gouvernements respectifs) getroffen werden könnten. Diese Auslegung des Wortes respektifs ist vom grammatikalischen Standpunkt militärisch und wird sachlich zweifellos widerlegt durch den ganzen Aufbau des Reparationsystems. Die Durchführung der gesamten Reparationen ist vollständig in die Hände der Reparationskommission gelegt. Keine der alliierten Mächte kann ihre Reparationsansprüche für sich allein gegen Deutschland geltend machen. Jede muß sich vielmehr zu diesem Zwecke an die Reparationskommission wenden, die in ihren Beschlüssen an genaue Abstimmungsregeln gebunden ist. Wenn aber die einzelne Macht nicht unmittelbar derartige Ansprüche gegen Deutschland erheben kann, wenn die Reparationen vielmehr der Gesamtheit der beteiligten Mächte als solchen zugehen, muß das gleiche für die Anwendung aller Mittel gelten, die der Vertrag für die Durchsetzung der Reparationen vorsieht. Somit würde sich die unmögliche Folge ergeben, daß ein Staat Ansprüche erheben könnte, die ihm gar nicht zugehen. Das einseitige Vorgehen Frankreichs würde mithin das ganze Reparationsystem des Vertrages durchbrechen. Daran ändert sich auch dann nichts, wenn Frankreich, wie Volcarré in seiner Rede angedeutet hat, bei seinem Vorgehen für gemeinsame Rechnung der Alliierten handelt, wenn es also den Erlös der Exekution auch anderen Mächten zugute kommen lassen will. Denn es kommt hier allein auf die Tatsache an, von wem die Maßnahme beschlossen wird und nicht darauf, auf welches Konto das Ergebnis gebucht wird. Wie man auch die Garantien einschlagen mag, die für Deutschland in der Bestimmung des Reparationsystems liegen, so ist die Notwendigkeit einer gemeinsamen Beschlusfassung der Alliierten doch ein so wesentliches Moment des Vertrages, daß Deutschland gegen jede Nichtberücksichtigung dieses Moments Verwahrung einlegen müßte. Zum Schluß muß ich noch auf einen Punkt hinweisen, der für den augenblicklichen Stand der Frage von Wichtigkeit ist. Alle Anweisungen über die Auslegung der verschiedenen

Bestimmungen des Versailler Vertrages erübrigen sich, wenn es sich nur darum handelt, die Rechtsfolge zu beurteilen, die sich von dem vorhin erwähnten Beschluß der Reparationskommission über die Zwangsmaßnahmen und den von Frankreich angeordneten weiteren Beschluß über die Kohlenlieferungen ergeben. Für diese Fälle kommen die angeführten Vertragsbestimmungen überhaupt nicht in Betracht, da die Fälle wegenhand einer bereits vorliegenden erschöpfenden und endgültigen Sonderregelung sind.

Die Reparationskommission hat in ihrer Note vom 21. März 1922, die die Grundlage für unsere Reparationsleistungen im letzten Jahre bildete, in Ausführung ihrer vertraglichen Befugnisse bestimmt, daß, wenn die im Jahre 1922 zu bewirkenden Naturalieferungen für Frankreich infolge einer Obstruktion der deutschen Regierung oder ihrer Organe oder infolge eines Verstoßes gegen den Vertrag oder die Anweisungen der Reparationskommission nicht durchgeführt würden, von Deutschland am Ende des Jahres an Stelle der nicht bewirkten Lieferungen eine entsprechende Veranlagung verlangt werden soll. Wie also auch das deutsche Verhalten bei den Holz- und Kohlenlieferungen beurteilt werden ist oder beurteilt werden mag, so steht doch von vornherein fest, daß selbst die Feststellung der — theoretisch gesprochen — schwersten deutschen Verletzung in diesem Falle niemals eine andere Folge haben könnte, als die Forderung einer Veranlagung. Für ein anderweitiges Vorgehen auf Grund der allgemeinen Bestimmungen des Versailler Vertrages bleibt angesichts dieser Sonderregelung kein Rahmen mehr.

Ich kann mich auf die Hervorhebung dieser Gesichtspunkte beschränken und davon absehen, den vorliegenden Beschluß der Reparationskommission noch nach anderer Richtung rechtlich zu kritisieren; denn das eine, worauf es jetzt ankommt, steht nach der Note vom 21. März außer Zweifel, nämlich die Tatsache, daß Frankreich seine Sanktions- und Wäldermaßnahmen auf den Beschluß der Reparationskommission nicht stützen kann.

Danach steht fest, daß die Durchführung der französischen Pläne in dreifacher Richtung einen groben Bruch des Vertrages darstellen würde.

- 1) weil die Beschlüsse der Reparationskommission in der Holz- und Kohlenlieferungsfrage überhaupt kein Vorgehen gegenüber Deutschland über die Note vom 21. März 1922 hinaus rechtfertigen;
- 2) weil auch bei etwaiger Feststellung angeblicher sonstiger Verletzungen Deutschlands der Vertrag keinerlei Sanktionen territorialen Charakters zuläßt und
- 3) weil auch die formell etwa zulässigen Maßnahmen gegen Deutschland nur von den beteiligten alliierten Mächten gemeinsam getroffen werden können.

So läßt sich alle französische Rechtfertigung in nichts auflösen. Sie erweisen sich für jeden nicht bereingewonnenen Beurteiler als so gekünstelt, daß sie den wahren Zweck und Charakter des französischen Vorgehens nicht verhehlen, sondern daß sie dieses Vorgehen nur noch mehr als das erkennen lassen, was es wirklich ist: als den Versuch rechtswidriger Vergewaltigung.

### Die Erhöhung der Löhne der Reichsarbeiter.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Eigenorganisationsstellen über die Erhöhung der Löhne der Reichsarbeiter haben damit abgeschlossen, daß in der höchsten Ortsklasse die angelernten Arbeiter für die erste Hälfte des Jahres eine Stundenlohnsteigerung von 50 M., für die zweite Hälfte von 100 M. gegenüber dem Lohn der zweiten Dezemberhälfte erhalten. Es steht zu erwarten, daß die heute zusammengetretenen Vorstände der Gewerkschaften dem Ergebnis zustimmen. Das Reichskabinett wird sich unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen mit den Beamten- und Angestelltenorganisationen über die Erhöhung der Gehälter der Beamten und Angestellten mit der gesamten Frage befassen.

### Die Lage im Orient.

Die Stürme der Pariser Konferenz haben ihre Wellen auch, wie das vorausgesehen und vorausgesehen worden ist, bis nach Lausanne hin geworfen. Eine Krisenstimmung ist dadurch entstanden, daß zwischen den beiden europäischen Hauptmächten der Konferenz ein ostentativer Bruch das bisherige Einvernehmen in der Orientfrage zum mindesten in Frage gestellt zu haben scheint. Die Folge dieser Tatsache ist naturgemäß eine Verstärkung der Lärmen in ihrer Stellungnahme gegenüber den noch unregelmäßig durchgeführten Bestimmungen der grundsätzlichen Beschlüsse. Auch Rußland benutzte die Gelegenheit, um wieder einmal einen Protest gegen die Nichtzulassung zu der Gesamtkonferenz einzulegen. Auf der anderen Seite begannen die Griechen wieder mit militärischen Vorbereitungen, deren Größe und Bedeutung im Augenblick sich noch nicht übersehen läßt. Die Frage der Kapitulationen, denen sich Angora mit vollem Recht widersetzt, und die Abgrenzung der türkischen Rechte in Europa sowie die Durchführung der Meerengenöffnung, die diese Probleme erstere Art. Griechenland selbst ist im Laufe der ganzen Konferenz mit seinem Interesse als unterlegene Macht stark in den Hintergrund gedrängt worden. Ja, es ist nicht ausgeschlossen, daß die internationale Delegation der Meerengen sich insofern zu Lasten Griechenlands vollzieht, als England sich auf einer Insel des Ägäischen Meeres festsetzt, um die Kontrolle über die Durchfahrt zu sich zu ziehen. Auch Italien betreibt unter Mussolini wieder eine aktive Politik und erzieht die Jüdischen Gruppe, die 1919 bis auf zwei Inseln an Griechenland übergeben worden ist.

Das Verhältnis der Türkei zu Rußland, das in manchen Fragen des tatsächlichen Vorgehens während der Konferenz getrübt erschien, ist in den wichtigsten grundsätzlichen Fragen der Politik durchaus beruhigend. Die Interessensphären beider Länder sind bisher erfolgreich gegeneinander abgegrenzt worden. Auch im Kaukasus beginnt sich der Transkaukasische Bund, dem Armenien, Georgien und Aserbeidschan angehören, unerschrocken zu festigen. In Mesopotamien betreibt England ebenfalls unter dem neuen Regierungsurteil eine Politik der Zurückhaltung und sucht sich auf seine rein wirtschaftlichen Interessen zu beschränken. Die Araber suchen ebenfalls in letzter Zeit im Gegensatz zur Haltung im Krieg eine Annäherung an die Türkei. Die Bedrückung von Mohammedanern durch Frankreich in Syrien kann auf die Dauer nicht ohne ernste Folgen für das türkisch-französische Verhältnis bleiben. In Persien betätigt sich vorwiegend das amerikanische Petroleumkapital, aber auch Deutschland hat wieder gute Beziehungen politischer und wirtschaftlicher Natur aufgenommen.

So vollzieht sich nach den kriegerischen Ereignissen der letzten Zeit eine gewisse Klärung und Festigung, die auch durch die jüngsten Krisen auf der Orientkonferenz nicht ernsthaft gefährdet werden dürfte. Die Türkei hat in ihrer neuen Staatsform den nationalen Begriff des Nationalismus unter Ausschaltung der dynastischen Bezeichnung in den Vordergrund gerückt, gleichzeitig aber den Gedanken des Nationalismus mit seinen Vormachtsansprüchen im Klaren aufrechterhalten.